

Danziger Zeitung.

No 9722.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Haag, 5. Mai. Die zweite Kammer hat dem Antrage des Deputierten Brugnots zugestimmt, daß die Verabreichung des Antrags betreffend die Aufhebung des Zuckersolls auf unbestimmte Zeit verlagert werde. Von dem Deputierten Franzen van de Butte soll dagegen in der Zukunftsfrage eine besondere Interpellation an die Regierung gerichtet werden.

Paris, 5. Mai. Der Minister des Innern hat, wie die „Agence Havas“ meldet, beschlossen, alle Maires, welche nicht zugleich den Municipalräthen angehören, sofort durch andere zu ersetzen. An die Präfekten ist ein Rundschreiben erlassen worden, welches mehrere Bestimmungen in Bezug auf den Straßenverkehr der Journale enthält. — Nach hier eingegangenen Nachrichten ist durch eine Feuersbrunst das Collège und die Bibliothek von Charleville (Arrondissement Mézières) in Asche gelegt worden.

Nagusa, 4. Mai. Wie aus südslavischer Quelle verlautet, hätte Muthar Pascha ca. 3500 Pferde zusammengezogen und stände anscheinend im Begriffe, eine abermalige Expedition nach Nisic zu unternehmen. Im Hafen von Klet ist gestern eine, aus Asien kommende, 2800 Mann starke türkische Truppenabtheilung gelandet worden.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom 5. Mai. Das Haus hat die zweite Verabreichung des Gesetzentwurfs, betr. die evangelische Kirchenverfassung, in den acht älteren Provinzen, weiter fort. — Die gestern zurückgestellten Artikel 3 und 10 betr. die Vertheilung der Kreisverwaltungsstellen auf die Einzelgemeinden und die der Staatsbehörde vorbehaltene Befähigung des Repartitionsverfahrens werden ohne Discussion angenommen.

Artikel 14 und 14a, die zumachen zur Discussion gestellt werden, lauten: „Art. 14. Kirchengesetze, durch welche neue Ausgaben für landeskirchliche Zwecke bewilligt werden und die einseitige Vereinbarung zwischen der General-synode und der Kirchenregierung über die Vertheilung der Umlage auf die Provinzen bedürfen zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung des Staatsministeriums. Die Zustimmung ist in der Verordnungsformel zu erwähnen. — Die königliche Verordnung über vorläufige Feststellung des Vertheilungsnachschusses ist von dem Staatsministerium genehmigt. — Für die Untervertheilung in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen kommt Artikel 10 zur Anwendung. Die Untervertheilung in der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz erfolgt nach Maßgabe des § 135 der Kirchenverordnung vom 5. März 1835. Wegen der Befähigung der Matrikel für die Vertheilung auf die Kreis-synoden finden Artikel 10, Absatz 2, und wegen der Vertheilung der Antheile der Kreis-synoden auf die Gemeinden Artikel 3 Anwendung.“ „Artikel 14a. Die Gesamtsumme der auf Grund der Artikel 9 Nr. 3, und 13 Nr. 2 zu beschließenden Umlagen, darf — abgesehen von den Synodalkosten, — für provinzielle und landeskirchliche Zwecke vier Prozent der Gesamtsumme der Klassen- und Einkommensteuer der zur evangelischen Landeskirche gehörigen Bevölkerung nicht übersteigen. — Wie viel von den innerhalb dieser Grenzen zulässigen Umlagen durch die Provinzial-synoden und wie viel durch die General-synode ausgeschrieben werden kann, wird durch landeskirchliche Gesetz bestimmt. — Kirchengesetze, welche diesen Prozentsatz überschreiten, bedürfen der Befähigung durch ein Staatsgesetz. Dasselbe gilt, wenn Kirchengesetze eine Belastung der Gemeinden zu Gemeindegewerben anordnen oder zur Folge haben.“ — Hierzu beantragt Abg. Richter (Sangerhausen): Artikel 14a. Absatz 2 in folgender Fassung anzunehmen: „von den innerhalb dieser Grenzen zulässigen Umlagen können durch die Provinzial-synoden für provinzielle Zwecke drei, durch die General-synode für landeskirchliche Zwecke ein Prozent ausgeschrieben werden.“

Abg. Richter (Sangerhausen): Der Artikel 14a soll der evangelischen Kirche ein Recht gewähren, welches dieselbe seit ihrem Bestehen noch nicht besessen hat, nämlich das Recht, die einzelnen Gemeindeglieder zu besteuern. Von den Kosten für die Zwecke, welche die evangelische Kirche als Gesamtkirche zu erfüllen hat, und für welche Geldbewilligungen zu leisten sind, scheiden hier zunächst die beiden hauptsächlichsten aus: das sind die Kosten für die Bildung der Kirchenbeamten und für das Kirchenregiment. Für diese beiden großen und allgemeinen Zwecke trägt die Kosten der Staat. Hierfür bedarf es also des Steuererhebungsrechtes der Synoden nicht. Nun giebt es allerdings wichtige andere Aufgaben, deren Lösung einer Reform dringend bedürftig ist, so z. B. in erster Linie das Pensionswesen der Geistlichen, das Wittwenkassenwesen u. d. Die Regelung dieser Institutionen kann aber zweckmäßig auf keine andere Weise geschehen, als durch ein Landesgesetz. Ich möchte der General-synode am liebsten gar kein Besteuerungsrecht zuweisen, da ihre gegenwärtige Zusammenfassung, nach welcher der größte Theil der Mitglieder Kirchenbeamte sind, mir für eine gerechte Ausübung des Besteuerungsrechtes keine Garantie bietet. Da ich aber für meine Ansicht die Unterstützung meiner Freunde nicht fand, so habe ich mich zu dem Zustandekommen entschlossen, das mein Antrag enthält, nämlich 1 Proc. den General-synoden und 3 Proc. den Provinzial-synoden zu bewilligen. Es darf nicht übersehen werden, daß die General-synode ohnedies das bedeutende Recht hat, alle Kirchenlasten bis zu einer Höhe von 10 Proc. und ebenso die Pflichten bis zu 10 Proc. zu besteuern.

Abg. v. Wenda: Ich habe allerdings in der Commission einen dem Amendement Richter analogen Antrag gestellt und dort verteidigt. Ich habe mich aber trotzdem entschlossen, heute gegen die Beschlüsse der Commission weiter keine Opposition zu machen, indem ich zu der Ansicht der General-synode das Vertrauen habe, daß sie für die provinziellen Zwecke die erforderlichen Mittel ebenfalls gewähren werde.

Abg. Tschow: Ich fasse das Wesen der neuen Synodalordnung als die Einführung der Selbstverwaltung auf kirchlichem Gebiet an, nachdem wir sie auf staatlichem Gebiet überall etabliert haben. Daß zur Selbstverwaltung auch das Recht gehören muß, die nöthigen Geldmittel sich zu verschaffen, liegt auf der Hand. Sie müssen daher auch den Provinzen und

der Provinzial-synode die Möglichkeit gewähren, selbst festzustellen, in welcher Weise die Mittel erhoben und vertheilt werden sollen. Wenn Sie dies Recht nur der General-synode gewähren wollen, so werfen Sie, da ihre Mitglieder ja aus Delegirten der Provinzen bestehen, einen Kantapfel in die General-synode hinein und erregen ein bellum omnium contra omnes, wie er stets eintreten muß, wenn eine Centralstelle, die aus Vertretern bestimmter Lokalinteressen besteht, über einzelne dieser Interessen entscheiden soll. Diese Schwierigkeiten können Sie nur vermeiden, wenn Sie den Antrag Richter annehmen.

Abg. Behrenspennig: Von einem Kriege aller gegen Alle könnte nur die Rede sein, wenn die General-synode das Recht erhielte, den einzelnen Provinzen verschiedene Beiträge zu geben, der einen soviel, der anderen soviel. Davon aber ist gar nicht die Rede, sondern nur davon, daß die General-synode, d. h. die Delegirten der Provinzen, über die Ausübung der verschiedenen kirchlichen Zwecke und Aufgaben entscheiden sollen. Was die Pension der Geistlichen und die Wittwenkassen betrifft, so bin ich keineswegs der Ansicht, daß diese wichtigen Zwecke noch weiter durch den Staatshaushalt erfüllt werden, sondern ich meine, indem wir der Kirche in diesem Gesetz die Selbstverwaltung und das Steuererhebungsrecht gewähren, hat dieselbe auch die Verpflichtung zu übernehmen, für alle diese kostspieligen kirchlichen Zwecke ihrerseits zu sorgen. Wir müssen bedenken, daß die 4 Proc. der Klassensteuer, welche wir der General-synode zuertheilen, eine jährliche Steueranfrage von einer halben Million Thlr. für die evangelische Bevölkerung bildet.

Ministerialdirector Förster: Die Regierung kann das Haus nur dringend bitten, den Antrag Richter abzulehnen. Die Befähigung, daß ein Krieg aller gegen Alle eintreten würde, ist in der That nicht begründet, im Gegentheil kann man mit mehr Recht behaupten, daß bei der gemeinsamen Verabreichung über die provinziellen Bedürfnisse innerhalb der General-synode ein Ausgleich und eine Vermehrung der entgegenstehenden Interessen weit leichter erfolgen würde als innerhalb der einzelnen Provinzial-synoden.

Abg. Schmidt (Sagan): Auch ich muß mich entschieden gegen den zweiten Absatz des Artikels 14a erklären, welcher der General-synode überläßt, von dem Maximalbetrage von 4 p. die Vertheilung zwischen ihren Bedürfnissen und denen der Provinzial-synoden zu bewirken. Wenn die in dem Antrag Richter aufgestellte Höhe von 1 p. nicht für die Landeskirche genügen sollte, so bin ich gern bereit, einen größeren Prozentsatz zu bewilligen; darüber können wir uns ja später verständigen, aber ich möchte bitten, wenigstens das Prinzip, welches dem Antrag Richter und Tschow zu Grunde liegt, zu acceptiren. Der Grundsatz, welcher in dem Art. 14 aufgestellt ist, das freie Besteuerungsrecht für die Provinzial-synoden, wird durch den zweiten Absatz des Art. 14a nach den Commissionsbeschlüssen völlig illusorisch. Hiernach wird der General-synode absolute Freiheit gegeben, und sie wird gewiß von derselben in ausgedehntem Maße Gebrauch machen; sie wird natürlich wegen des Obiums nicht für ihre eigenen Bedürfnisse eine Hebebewilligung vom Landtag fordern, aber sie wird innerhalb der zulässigen Grenzen soviel nehmen, daß ihre Bedürfnisse gedeckt sind und dadurch die Provinzial-synoden nöthigen, sich wegen ihrer Geldbedürfnisse an den Landtag zu wenden, wo wir das Vergnügen haben werden, alljährlich einen bestimmten Posten hierfür zu gewähren. Dazu kommt noch der schlimme Umstand, daß die General-synode in der Regel nur alle 6 Jahre zusammentritt; da man aber unangenehm die erforderliche Summe für diesen Zeitraum genau übersehen kann, so werden alljährlich außerordentliche Sitzungen abgehalten werden müssen, gegen die sich doch früher der Abg. Behrenspennig so lebhaft ausgesprochen hat, indem er u. A. in dem Jahrbuch der Preussischen Jahrbücher erklärt: Gesehen wir es nur ehrlich, das beste, was uns an der Synodalordnung gefallt, ist, daß die General-synode nur alle 6 Jahre zusammentritt. (Heiterkeit.) Sollte nun gar noch in der General-synode eine orthodoxy Majorität die Oberhand gewinnen, so würde gerade aus dieser Bestimmung ein bellum omnium contra omnes entstehen.

Abg. Miquel: Ich kann nur den Antrag des Kollegen Richter empfehlen. Wir haben es hier nicht mit einer Provinzial-synode und deren Stärkung zu thun; es handelt sich hier lediglich um die kirchliche Verwaltung, die die Einheit der Landeskirche und ihre eventuelle Auflösung gar nicht berührt. Der Abg. Behrenspennig hat sich über eine zu große Bevormundung der Kirche beklagt, aber tritt uns hier nicht eine direkte Bevormundung der Provinzial-synoden durch die General-synode entgegen? Wenn man den Provinzial-synoden die selbstständige Verwaltung ihrer Institute zugesteht, die Bewilligung der Gelder aber der General-synode, so giebt man dieser damit auch die Entscheidung über die Nothwendigkeit der Bedürfnisse dieser Institute. An eine solche Centralisation ist überhaupt niemals gedacht worden; centralisiren Sie das Gebiet der Verwaltung, so wird die General-synode zu einem Concil, welches die Kirche völlig in Frage stellen wird. Von zwei Dingen ist nur eins möglich: entweder läßt man die General-synode direct aus der Wahl der Gemeinden hervorgehen, und das würde zur Gefährdung der Gemeindefreiheit geführt haben, oder man muß stufenweise aufbauen, bestimmte Verwaltungsgebiete abgrenzen und die General-synode aus den Provinzial-synoden hervorgehen lassen. Dies letztere ist geschehen; wenn Sie aber jetzt den Art. 14 a. nach den Vorschlägen der Commission durchführen, so zerstören Sie damit wiederum die Vortheile des letzteren Systems. Vor allem haben wir in unserm Antrage die Entscheidung durch das Gesetz, und nicht durch die schwankende Majorität einer General-synode.

Cultusminister Falk: Es ist neben einem grundsätzlichen Gesichtspunkt ein praktischer, der mir Bedenken einregt gegen das positive Amendement der Abg. Richter und Dr. Tschow; beide haben schon in der heutigen Debatte ihren Ausdrück gefunden. Ich glaube allerdings, daß wir bei der Ziehung der Grenzen, in welchen der Staat sich gegenüber der in gewissen Richtungen von ihm zu befreienden Kirche zu bewegen hat, so vorsichtig als möglich sein müssen, und daß man nicht weiter gehen sollte, als es durch das staatliche Interesse geboten ist. Es scheint mir freilich, als habe der Abg. Miquel gemeint, ein Staatsinteresse darin zu finden, daß die Provinzial-synoden nicht von der Ge-

neralsynode vergewaltigt werden; und in der Allgemeinheit des Gedankens kann ich ihm ja beistimmen. Wird denn nun aber wirklich eine Beschränkung der Provinzial-synoden eintreten, wenn die Commissionsvorlage in diesem Punkte angenommen wird? Wenn ich mir vorstelle, daß die General-synode aus den Provinzial-synoden hervorgeht und daß sie aus Gliedern zusammengefaßt ist, die sich über die ganzen Provinzen vertheilen, so scheint es mir doch sehr unwahrscheinlich, daß die General-synode sich plötzlich gegen die Provinzial-synoden wenden werde. Ich bin weit davon entfernt, daß die Provinzial-synode unter denen der Landeskirche leiden sollen; es bleibt da eben übrig, einen angemessenen Ausgleich zu finden, und das wird nach meiner Meinung am besten erzielt durch eine Synode, wie sie nach der General-synodalordnung zusammengefaßt ist. Das werden Sie mir doch zugeben, daß mit den 4 Proc. nicht allen Bedürfnissen der Kirche auf einmal genügt werden kann; das kann erst im Laufe der Jahre geschehen, und es kann daher nicht vorweg entschieden werden, welche Summen den Provinzial-synoden und welche der General-synode zu überweisen sind. Nun wird es allerdings immer einen Beitragszettel geben, der abfolgt nothwendig ist, und unter den herunter man weder in Betreff der Provinzial-synoden noch in Betreff der General-synode gehen kann, aber jedenfalls werden im Laufe der Jahre die einzelnen Bedürfnisse schwanken und sie können deshalb nicht von vornherein in feststehenden Bruchtheilen fixirt werden.

Unter Ablehnung des Amendements wird Art. 14 unverändert angenommen; ebenso Art. 14a mit Ausnahme des von der Debatte ausgeschlossenen gewesenen letzten Absatzes.

Es werden nunmehr zusammen zur Verabreichung gestellt Art. 8, 8a und der letzte Absatz von Art. 14a. Nach längerer Debatte werden Art. 8 und 8a in folgender Fassung angenommen: „Art. 8. In dem Regulative für die vereinigten Kreis-synoden der Haupt- und Residenzstadt Berlin kann denselben das Recht beigelegt werden: 1) über die Veränderung, Aufhebung oder Einführung allgemeiner Gebührenrenten für alle Gemeinden Beschluß zu fassen; 2) allgemeine Umlagen auszusprechen, und zwar a. behufs Ersatz für die aufzubehaltenden Stollgebühren, b. zur Gewährung von Beihilfe an ärmere Parochien behufs Befriedigung dringender kirchlicher Bedürfnisse. Soll die Umlage für diesen letzteren Zweck drei Proc. der Summe der von den pflichtigen Gemeindegliedern jährlich an den Staat zu entrichtenden Personalsteuern (Klassen- und Einkommensteuer) übersteigen, so bedarf es der Genehmigung durch Staatsgesetz. Die Umlagen müssen gleichzeitig in allen Gemeinden nach gleichem Maßstabe erhoben werden, und gilt für den Repartitionsfuß die Vorschrift des § 31 Nr. 6 der Kirchenverordnungs- und Synodalordnung vom 10. September 1873. Auf die Beschlässe über solche Umlagen findet Art. 3 Abs. 3, 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 Anwendung. Die Aufnahme von Anleihen ist untersagt; 3) Eine Synodalkasse für die Einnahme und Verwendung der ausgeschriebenen Umlagen zu errichten. Zur Uebertragung der in diesem Gesetze den Provinzial-synoden zugestandenen Rechte auf die demnach zu bildende Provinzial-synode Berlin bedarf es eines Staatsgesetzes.“ „Art. 8a: In anderen Ortschaften können die in der vorstehenden Bestimmung bezeichneten Zwecke auf den übereinstimmenden Antrag der Vertretung aller oder mehrerer Parochien derselben Driftsch im Sinne des Art. 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 für gemeinsame Angelegenheiten erklärt werden.“ — Der letzte Abs. des Art. 14a: „Auf die Stadt-synode Berlin dürfen keine provinziellen Umlagen ausgeschrieben werden“ wird gestrichen.

Art. 15—19 werden nach den Vorschlägen der Commission angenommen. Hinter Art. 19 beantragen die Abg. Richter und Tschow folgenden Art. 19a einzufügen: „1) Scheidet eine erhebliche Anzahl der Glieder einer Kirchengemeinde aus der evangelischen Landeskirche aus und vereinigt sich zu einer Religionsgesellschaft, ohne den Bekenntnisstand zu ändern, so wird die Benutzung des kirchlichen Vermögens im Verwaltungswege nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet. 2) Der ausgeschiedenen Religionsgesellschaft wird der Mitgebrauch der Kirche und des Kirchhofes eingeräumt. Sind mehrere Kirchen vorhanden, so kann eine Gebrauchsvertheilung nach bestimmten Objecten verfügt werden. Die nämliche Gebrauchsvertheilung findet bezüglich der kirchlichen Geräthschaften statt. Bildet die ausgeschiedene Religionsgesellschaft die Mehrheit der Gemeindeglieder, so steht derselben der Mitgebrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu. 3) Scheidet der Geistliche mit der Mehrheit der Gemeinde aus der evangelischen Landeskirche aus, so bleibt derselbe im Besitze des mit der Pfarrstelle verbundenen Gehalts und der sonstigen Einkünfte und Bezüge der Stelle. Bei Erledigung der Stelle verbleibt dieselbe der ausgeschiedenen Religionsgesellschaft. Die Religionsgesellschaft kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden. 4) An dem übrigen, zu kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögen wird der ausgeschiedenen Religionsgesellschaft, mit Rücksicht auf das Zahlenverhältnis beider Theile, der Mithenutz eingeräumt. 5) Die Mitglieder der ausgeschiedenen Religionsgesellschaft bleiben verpflichtet, zu der Unterhaltung der Kirche, des Kirchhofes und der sonstigen Vermögensstücke beizutragen, deren Benutzung ihnen, nach den vorstehenden Bestimmungen, zusteht. 6) Ueber die Art und den Umfang der der ausgeschiedenen Religionsgesellschaft einzuräumenden Rechte entscheidet der Oberpräsident. Gegen die Entscheidung desselben findet Berufung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten statt. Die Entscheidungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar.“

Abg. Klotz: Dieser Antrag ist von uns bereits in der Commission eingebracht und von der Staatsregierung auf das Entschiedenste zurückgewiesen worden, hauptsächlich wegen seines angeblich provocatorischen Charakters. Den letzteren befreite ich. Der Zweck des Antrags ist gerade, die evangelische Kirche in Kraft zu erhalten. Er verdammt auch nicht den Agitationen der Bezirksvereine seine Entstehung, sondern gerade Diener der evangelischen Kirche, die Abg. und Prediger Müller und Schumann haben den Anstoß dazu gegeben. Nach meiner Ueberzeugung führt die Entwicklung der evangelischen Kirche dahin, für die in ihr geeinten Glieder

einen Bekenntnisstand festzustellen. § 1 der General-synodalordnung bestimmt nun, daß durch diese Ordnung weder der Bekenntnisstand noch die Union berührt werde. Ich habe aber vergeblich in der Commission gesucht, ein Verständnis für diese Bestimmung zu gewinnen, ich bin auf die General-synode verwiesen. Dem Wortlaute nach würde ich unter dem Bekenntnisstande die Bekenntnisse der Lutherischen und Reformirten als die durch den Staat garantierten verstehen. Dazu trägt die Union. Sie ist zur äußerlichen Gleichstellung der beiden Bekenntnisse eingeführt worden; von einem unionistischen Bekenntnis kann man nicht sprechen, eine Einigung zu einem solchen hat die Union bisher nicht erreicht. Es ist die Frage, ob die General-synode sich damit befassen wird. Ich vermute, sie wird es. Sie finden ferner sowohl in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung, als auch in der General-synodalordnung die Bestimmung, daß bei Pfarrbefehlen über Einwendungen wegen der Lehre des Designirten in erster Instanz das Consistorium und der Vorstand der Provinzial-synode, in zweiter Instanz der evangelische Oberkirchenrath zusammen mit dem Vorstande der General-synode entscheidet. Darin liegt die Begründung der Competenz der General-synode, Sätze festzustellen, die von der Kirche anerkannt werden müssen, die kirchliche Lehrfreiheit zu regeln, die Grenzen des evangelischen Glaubens zu normiren, auf die Ordination der evangelischen Geistlichen einzuwirken, daß aber die Synoden verpflichtet seien, den Grundsatz der evangelischen Kirche, die Freiheit der evangelischen Forschung zu wahren, die Wahrheiten anzuerkennen, die auf wissenschaftlichen Wege gefunden sind, dafür enthalten die Synodalordnungen Nichts. Denken Sie sich nun, daß unsere jungen Theologen unter der Leitung eines Lehrers studirt haben, der die freie Forschung anerkennt, daß sie dann gezwungen sein sollen, an der evangelischen Kirche, als Kirchenlehrer, festzuhalten, was ihnen auf wissenschaftlichen Wege als unhaltbar, als unvereinbar mit den Lehren der heiligen Schrift dargethan ist, — ist das nicht gegen die Grundlage der evangelischen Kirche? Was soll das Entscheidende sein? das Bekenntnis der Reformatoren, von dem Sie selbst angenommen haben, es solle nicht entscheiden? oder dasjenige, was die freie Forschung als Religionswahrheit festgestellt hat? Nun lassen Sie einen Geistlichen, der Jahre lang mit seiner Gemeinde lebte, zu der Ueberzeugung kommen, daß seine bisherige Ansicht unrichtig sei, lassen Sie ihn zu Sämen kommen, die dem positiven Bekenntnis der Kirche widersprechen, er wird wegen Irrlehre abgesetzt; seine Gemeinde schließt sich ihm an und will mit ihm austreten — liegt nicht die Gefahr vor, daß wir früher oder später in die Nothwendigkeit gedrängt werden, dieser Frage gegenüber zu stehen? Unser Antrag will die Kirche vor dieser Gefahr schützen, daß sie nicht Leute, die lange, ernstlich bestritten sind, die evangelische Wahrheit zu erkennen, herausweise aus ihrer Kirche; er will sie zur Milde gegen Andersglaubige führen. Dann haben wir die Pflicht einer gewissen paritätischen Behandlung unserer Dissidenten. Ich gebe zu, daß die Verhältnisse nicht völlig gleich sind, aber wir haben in dem Katholikengesetze den in der Kirche verbleibenden Gliedern eine Berechtigung der Theilnahme an dem Gemeindegemeinschaften zuerkannt. Im Interesse der Parität beider Confessionen, im Interesse der Einigung und des Bestandes der evangelischen Kirche, die durch Toleranz gegen die freie Forschung am besten erhalten bleibt, bitte ich Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen, der nothwendig ist für die, die in ihrer Ueberzeugung willen austreten zu müssen glauben.

Cultusminister Falk: Ich muß Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. Ich habe die Ueberzeugung, daß er zu einem provocatorischen werden wird, und das ist für mich entscheidend. Man hat gesagt, die Frage des Bekenntnisstandes sei von der Synodalordnung nicht fern gehalten, es könne mit der Zeit von den Synoden ein Gewissensdruck ausgeübt werden und deshalb sei es gut, wenn man sich vorher gegen eine solche Eventualität schütze. Ich halte aber diese Dinge für zu ernst, als daß man Vorbeugungsmaßregeln treffen sollte, ohne durch bestimmte Thatfachen dazu veranlaßt zu sein. Im Absatz 2 des § 1 der General-synodalordnung heißt es ausdrücklich, daß der Bekenntnisstand der einzelnen Gemeinden und die Union von dieser Ordnung nicht berührt werde. Die Synodalordnung sagt nur, daß eine kirchenregimentliche Behörde nicht mehr allein über Bekenntnisfragen befinden soll, sondern nur verstärkt durch den betreffenden Ausschuss der General-synode; denn es kann allerdings Geistliche geben, welche gegen die Grundsätze ihres Bekenntnisses lehren und deshalb unfähig sind, ein kirchliches Amt in der Landeskirche zu bekleiden. Gegen solche Geistliche giebt das Allgemeine Landrecht den Gemeinden das Recht der Einsprache. Ueber solche Einsprachen soll nun die Synode in Gemeinschaft mit der kirchenregimentlichen Behörde befinden. Somit wird in der Synodalordnung nichts anderes in Betreff des Bekenntnisses geregelt, als was bereits durch die Landesgesetzgebung geordnet ist. Ich habe zwar nicht die Sorge, daß ein Massenaustritt aus der evangelischen Kirche erfolgen wird, doch kann ich nicht leugnen, daß viel Neigung dazu vorhanden ist, und daß in religiösen Angelegenheiten leicht ein leidenschaftlicher Schritt gethan wird. Es giebt ja im Lande nicht nur centripetale Kräfte, es giebt auch viele Leute, welche das Centrum fliehen. (Heiterkeit.) Bringen Sie in derartige Verhältnisse eine solche Ermächtigung hinein, wie sie der Abg. Klotz beantragt, so ist allerdings bei dem Mangel unserer Bevölkerung an Idealismus in finanziellen Dingen für die evangelische Kirche die Gefahr eines Massenaustritts vorhanden. Man wird zwar vorgeben, man lasse sich von Gemüthsmoden leiten, in Wahrheit aber werden rein äußerliche Dinge maßgebend sein, wie es mit den Rentisten in Hessen der Fall ist, welche nur deshalb massenweise aus der Landeskirche ausgetreten sind, weil drei Consistoren zu einem ohne Veränderung der Befugnisse vereinigt worden sind. Es ist hier auch keine Analogie mit den Verhältnissen der Katholiken vorhanden, denn bei diesen ist kein Austritt aus ihrer Kirche, wenigstens auf dem Boden des Gesetzes erfolgt. (Widerspruch im Centrum.) M. H. (zum Centrum) Sie überzeugen sich nicht, wenn ich auch mit goldenem Munde rede, denn Sie wollen sich nicht überzeugen lassen, das haben Sie in Ihren Zeitungen proclamirt. Nach thatsächlicher Entwicklung der Dinge, nach dem Vaticanum vollzog sich die Spaltung in der katholischen Kirche, und

ohne eine Entscheidung zu treffen, welche Partei orthodox sei, erkannte die Regierung beide als gleichberechtigt an. Der Abg. Klotz fordert aber in seinem Antrage eine solche Entscheidung über die Befreiungsfrage von der Regierung. Und wann gab die Regierung ihre Zustimmung zu dem Altkatholikengesetz? Als die Majorität der Katholiken dieselben aus ihren Kirchen bannte, da gab ihnen die Regierung das Recht, welches ihnen alle gesetzgebenden und rechtsprechenden Factoren des Landes zuerkannt. Sollten in der evangelischen Kirche, was ich nicht hoffe, ähnliche Verhältnisse Platz greifen, so wird die Regierung ebenfalls helfend einschreiten. Die Kirche zusammenzufassen, ihr Raum zu freier Entwicklung zu geben, erkennt die Regierung als ihre hohe Aufgabe, und deshalb bittet sie um Ablehnung des Antrages. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich will mich in den Streit zwischen dem Abg. Klotz und dem Kultusminister nicht einmischen; denn über die Synodalordnung mag ich als Privatmann eine Ansicht haben — als Abgeordneter habe ich keine darüber. Aber es ist meine Meinung, daß diejenigen, welche für das Altkatholikengesetz gestimmt haben, auch für den Antrag Klotz stimmen müssen, wenn sie nicht inconsequent sein wollen. (Zustimmung im Centrum.) Wir, die wir gegen den Antrag stimmen werden, thun dies lediglich aus denselben Gründen, aus welchen wir gegen das Altkatholikengesetz gestimmt haben. Eine Provocation zur Auflösung der evangelischen Kirche kann ich in dem Antrage nicht finden, weil ich zu hohe Achtung vor der Glaubensstreue der evangelischen Kirche habe, als daß ich annehmen sollte, daß vermögensrechtliche Rücksichten ihre Glieder aus ihr hinausstreben könnten. (Sehr gut! im Centrum.) Verschieden liegen übrigens die Fälle des Altkatholikengesetzes und des Antrages Klotz keineswegs. Sie sind vielmehr geradezu identisch. (Zustimmung links und im Centrum.) Wenn der Minister sagt: die Altkatholiken sind nicht aus der katholischen Kirche ausgetreten, so erwider ich: es kommt nicht darauf an, ob sie ausgetreten wollen, sondern ob sie thatsächlich ausgeschieden sind, und hierin hat die Regierung die Ansprüche der zur Entscheidung kompetenten Stellen anzuerkennen. Die Friction, welche die Regierung anwendet, um die Altkatholiken noch als wirkliche Katholiken zu betrachten, sollte als Sprengpulver für die katholische Kirche dienen. Dort schuf man die Provocation, die man hier fürchtet. (Zustimmung im Centrum.) Der ganze Unterschied ist der, daß die Regierung die evangelische Kirche zu erhalten wünscht — und darum kann ich sie nur loben, während sie die katholische Kirche sprengen will — und darum kann ich sie nicht loben. Gelingen wenigstens wird es ihr nicht! (Beifall im Centrum.)

Abg. Birchow: Als wir diesen Antrag einbrachten, sahen wir dieselbe Situation in's Auge, wie sie dem Altkatholikengesetz gegenüber vorlag; und wenn der Regierungskommissar uns den Vorwurf gemacht hat, daß wir den Antrag nur aus jenem Gesetze abgeschrieben hätten, so erwider ich, daß wir es gethan haben, weil der Fall jenes Gesetzes ganz genau hierher paßt. Der Reg.-Kommissar hat in der Commission erklärt, daß das Kirchenvermögen nicht der Landeskirche, sondern den Gemeinden gehöre, und daß dieselben beim Austritt ihr Vermögen mitnehmen könnten; aber ein rechtlicher Weg ist dafür gar nicht geschaffen. Die Regierung identificirt die evangelische Landeskirche, fortwährend mit der Union und der evangelischen Kirche überhaupt, während doch hier zweifelloso große Unterschiede herrschen. Sie will auch durchaus nicht die Möglichkeit einer Gewissensbebrückung in dem Gesetze anerkennen, und doch kann der Kultusminister durchaus nicht wissen, was die späteren summi episcopi, ja auch nur was seine eigenen Nachfolger thun werden, und welche Conflicte daraus entstehen können. Der Minister hat an den Prediger Synow erinnert, über den die oberen Instanzen erkannt haben, daß er noch zur evangelischen Kirche gehöre; aber nach 10 Jahren wäre dieser Fall gar nicht mehr möglich gewesen, dann wird schon der Gewissenszwang begonnen haben. Der Reg.-Kommissar empfiehlt uns, dann einzutreten, wenn es nöthig geworden sein wird; aber ich halte es nicht für richtig, zu warten, bis es brennt. Ich bin stets für die Gewissensfreiheit eingetreten und habe auch den Orthodoxen stets ihr Recht werden lassen; aber ebenso verlange ich dasselbe für mich. Wenn man aber auf dem Wege der Vorlage vorgeht, so ist ein nicht zu duldbender Zwang die Folge. Man wirft uns vor, daß wir aus rein theoretischen Gründen gegen die Bestimmungen des Artikels seien; aber da möge man doch irgend eine Landeskirche uns nachweisen, die nicht stets dazu geführt hat, gerade ihre vorzüglichsten Kräfte aus sich herauszudrängen, weil sie den Zwang der Kirche nicht ertragen können. Im Namen der Gewissensfreiheit bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Referent Gneist: Die Gefahr des Antrages Klotz ist um so größer, als die evangelische Kirche ihren Schwerpunkt in der Ortsgemeinde hat und daher viel mehr Streitigkeiten von untergeordneter Art innerhalb der Gemeinde, als Differenzen über den Befreiungsstand, den Austritt aus der Landeskirche herbeiführen werden. Der Antrag Klotz-Birchow wird hierauf gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt.

Art. 21 referirt der Staatsregierung u. A. die Mitwirkung bei der Befreiung kirchenregimentlicher Aemter oder bei der Anordnung einer commissarischen Verwaltung derselben. Diese Mitwirkung bleibt in dem bisherigen Umfange bestehen. Insbesondere hat die Anstellung der Mitglieder der kirchenregimentlichen Behörden unter Gegenzeichnung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zu erfolgen. — Die Abg. Richter (Sangerhausen) und Tschow wollen diese Mitwirkung ausschließen bei dem Aute Superintendenten. Die Befreiungsbefugnisse der Superintendenten erfolgt in der Weise, daß von den Kirchensynoden das Recht des Vorschlags, von den Kirchenbehörden das Recht der Ernennung geübt wird. Die Anstellung der Mitglieder kirchenregimentlicher Behörden erfolgt unter Gegenzeichnung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten. — Der Antrag wird von dem Abg. Wehrenpennig und Gneist bekämpft und abgelehnt; Art. 21 dagegen unverändert angenommen.

An Stelle des Art. 21 a: „Die Verwaltung der evangelisch-theologischen Facultäten der Landesuniversitäten, insbesondere die Anstellung der Professoren steht ausschließlich den Staatsbehörden zu“, wird auf Antrag der Abg. Birchow und Klotz gesetzt: „Den Organen der Landeskirche steht eine Mitwirkung bei Anstellung der Professoren an den evangelisch-theologischen Facultäten der Landesuniversitäten und der Directoren der Lehrerseminarien nicht zu.“ Die übrigen Artikel (22–27) werden ohne Discussion genehmigt, womit die zweite Beratung der Vorlage geschlossen ist. — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Danzig, 6. Mai.

Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die evangelische Kirchenverfassung wurde gestern im Abgeordnetenhaus in sechsstündiger Sitzung zu Ende geführt. Der Beginn der Discussion bildete die verwickelte Steuerfrage. Namentlich der von der Commission neu eingeführte Artikel 14a war der Kernpunkt des Meinungsaustrausches. Nach demselben darf die Gesamtsumme der von der Provinzialsynode und der Generalsynode zu beschließenden Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke 4 Procent der Gesamtsumme der Klassen- und Einkommensteuer nicht übersteigen. Wie viel von den innerhalb dieser Grenzen zulässigen Umlagen durch die

Provinzialsynoden und wie viel durch die Generalsynode ausgeschrieben werden kann, wird durch landeskirchliches Gesetz bestimmt. Statt dieses letzten Satzes beantragte der Abg. Richter-Sangershausen, daß die Provinzialsynoden für provinzielle Zwecke 3, die Generalsynode für landeskirchliche Zwecke 1 Procent ausreiben können. Um diese Frage, ob die Feststellung des Verhältnisses zwischen den Provinzen und der Landeskirche in Bezug auf den Antheil an den Umlagen durch landeskirchliches Gesetz oder durch das gegenwärtige Gesetz erfolgen sollte, drehte sich die ganze beinahe zweistündige Debatte. Für den Richter'schen Antrag traten außer dem Antragsteller die Abg. Tschow, Schmidt-Sagan, Miquel ein, während gegen denselben und für die Commission'sfassung die Abg. v. Benda, Dr. Wehrenpennig und der Referent Dr. Gneist eintraten. Die Befürworter des Amendements befürchteten von der Festsetzung durch die Generalsynode einen allgemeinen Interessentrieg, durch welchen die Provinzen benachtheiligt werden würden. Auch hoben sie hervor, daß die Provinzen vollständig auf das Ungewisse gestellt sein würden, wenn sie die Höhe ihrer Einnahmen nicht im Voraus berechnen könnten. Die Vertreter der Commission'sfassung bestritten dagegen die Möglichkeit oder wenigstens die Wahrscheinlichkeit einer Benachtheiligung der Provinzen durch eine Generalsynode, die ja aus Delegirten der Provinzialsynoden bestehe; zum mindesten werde die also zusammengelegte Generalsynode die kirchlichen Bedürfnisse der Provinzen besser zu beurtheilen im Stande sein, als das Abgeordnetenhaus. Diesem Standpunkte schlossen sich auch die Vertreter der Regierung an. Schließlich wurde die Commission'sfassung angenommen. Zu principieller Höhe erhob sich die Debatte erst wieder bei dem Antrage der Abg. Klotz-Birchow, welcher nach Analogie des Altkatholikengesetzes für den Fall, daß eine erhebliche Anzahl von Kirchengemeindegliedern aus der evangelischen Landeskirche ausscheidet und sich zu einer Religionsgesellschaft vereinigt, ohne den Befreiungsstand zu ändern, diesen die Mitbenutzung des Kirchenvermögens sichern wollte. Der Kultusminister bestritt das praktische Bedürfnis und wollte einen großen Unterschied zwischen dieser und der Altkatholikenfrage statuieren, einen Unterschied, den der Abg. Windthorst-Meppen natürlich nicht anerkannte. Schließlich wurde der Antrag mit großer Majorität abgelehnt. — Die dritte Beratung des Synodalgesetzes, welche zu heute beabsichtigt war, ist bis zur künftigen Woche verschoben. Heute stehen die Verlegung des Etatsjahres und kleinerer Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das Programm des Landtages wird, wie es scheint, noch erheblich beschnitten werden. Ueber die parlamentarische Geschäftslage wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: „Im Abgeordnetenhaus soll bis Pfingsten noch erledigt werden: Das Synodalgesetz, das Diöcesengesetz, die auf Halle-Cassel bezüg. Halle-Sorau-Guben bezüglichen Eisenbahnvorlagen, die Verlängerung des Etatsjahres, das Gesetz wegen der Amtssprache und das Kompetenzgesetz. Ist dies erreicht, so soll eine Vertagung des Abgeordnetenhauses auf mindestens 14 Tage eintreten und dem Herrenhause überlassen bleiben, über die gedachten Vorlagen sein Votum abzugeben. Eine Wiederaufnahme der Arbeiten des Hauses würde dann den Zweck zu verfolgen haben, sich über etwaige Abänderungen des Herrenhauses schlüssig zu machen. Das letztere nimmt seine Beratungen am 15. d. Mts. sofort mit dem Entwurfe betreffend die Einverleibung Lauenburgs in die preussische Monarchie auf; unmittelbar daran werden sich die Beratungen über die Eisenbahnvorlage schließen. Wie man in parlamentarischen Kreisen versichert, würde das Herrenhaus in diesen beiden Vorlagen dem Abgeordnetenhaus nicht entgegengetreten. Möglicherweise würden in dem Synodalgesetz abweichende Beschlüsse zu erwarten sein. Ein beträchtlicher Theil von Vorlagen dürfte unerledigt bleiben, da sonst die Session bis tief in den Juli hinein währen müßte. Hierzu werden wahrscheinlich die Städteordnung, die Provinz Berlin und zu allgemeinem Bedauern abermals die Wegeordnung gehören.“

Wenn die Wegeordnung abermals und jetzt sogar bis zu einer neuen Legislaturperiode verlagert werden sollte, so würde das Bedauern darüber im Lande noch größer als im Abgeordnetenhaus sein; denn die Verhältnisse sind in dieser Beziehung im Ermangelung genügender gesetzlicher Bestimmungen zu traurig, als daß diese Hinausschleppung nicht einen nachtheiligen Eindruck machen sollte. Die jetzt Verpflichteten, die Adjacenten, sind vielfach nicht im Stande, den Uebeln abzuhelfen, und man wartet daher dringend auf die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Unterhaltungspflicht leistungsfähigen communalen Verbänden überträgt. Fällt die Wegeordnung diesmal wegen Mangel an Zeit, so haben wir dies der zeitraubenden Discussion der Eisenbahnfrage zu verdanken, die der Meister verlangt. Man muß die Zeit verbringen mit der Disputation über die luftigen Gebilde, welche am fernen Horizonte auftauchen, und hat dann keine Zeit, die Steine wegzuräumen, über die man täglich stolpert. Jetzt ist das Gesetz in zwei Sessionen nach allen Seiten abgewogen und in erster Arbeit dahin gebracht, daß eine Verständigung unschwer zu erreichen ist. Im künftigen Jahre müßte die Berathung von vorne angefangen werden; man weiß ja gar nicht, ob die Männer, welche dem Entwurfe bis jetzt ihre Zeit und Kraft gewidmet haben, nach den Neuwahlen wieder im Abgeordnetenhaus erscheinen werden.

Ueber die Nachricht, daß für die selbstständig zu machenden Reichsämtler die leitenden Persönlichkeiten (für das Justizamt Unterstaatssecretär Friedberg, für das Finanzamt Generaldirector Burghardt, für das eisenbahntechnische Amt Ministerialdirector Herzog) bereits bezeichnet seien, sagt heute die „N. Z. C.“: „Es ist zwar wahrscheinlich, daß die Abzweigung der drei genannten Aemter vom Reichskanzleramt bei dem Fürsten Bismarck beschlossene Sache ist; es scheint aber, als ob die Personenfrage vertagt sei, bis in der nächsten Reichstagsession bei Gelegenheit der Budgetberathung die neuen Aemter selbst die erforderliche parlamentarische Sanction erhalten können.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hatte in den letzten Tagen einen Triumph zu verzeichnen. Sie thut aus geschäftlichen Rücksichten noch immer so, als ob sie des Fürsten Bismarck Sprachrohr wäre; und obgleich man nicht sagen kann, daß sie dabei mit großem Geschick operirt, so kann die Welt doch leicht betrogen werden, daß die „N. Z. C.“ damit reussirt. Fürst Bismarck hat deutlich genug im Reichstage erklärt, daß er alle Beziehungen zu dem Blatte abgebrochen, er hat Jedem, der das Gegentheil behauptet, bezeichnet „als Einen, der eine Unwahrheit wissenschaftlich verbreitet.“ Wir wissen, daß der Reichskanzler manchen nicht kleinen Fehler hat, aber wir denken von ihm zu hoch, als daß wir ihn in solchen Dingen für einen Lüge fähig hielten. Wir haben auch aus inneren Gründen bewiesen, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht mehr Bismarck's Organ sein kann; der eclatanteste Fall war wohl der, daß sie zu derselben Stunde, als der Reichskanzler im Parlament Deutschlands friedlichste Gefinnungen gegenüber Frankreich betonte, einen Artikel unter die Presse gehen ließ, in welchem im officiösen Argot einer Auslassung Gambetta's gegenüber das Wort Krieg gesperrt gedruckt war. Die Presse will einmal einen officiösen Briggelknaben haben, und da die „N. Z. C.“ diesem Bedürfnis entgegenkommt, so hat sie Glüd damit. Als wir der allgemeinen Annahme von der abermaligen Officiosität vor einiger Zeit entgegen-traten, wurde uns von großen Preforganen entgegengehalten, sie habe es ja selbst gesagt. Auch die „Köln. Ztg.“ sagt in ihrer letzten Nummer, die Officiosität der „N. Z. C.“ sei zum Ueberflusse noch dadurch klar gelegt, daß „das Blatt kürzlich noch selbst seiner Beziehungen zu den Personen Erwähnung gethan, die Weltgeschichte machen.“ Das ist eher der Beweis vom Gegentheil. Das Blatt hat keine größere Partei hinter sich, es vertritt auch nicht die Interessen eines bestimmten Gebietes, es war nur zur Bedeutung als Regierungsorgan gelangt und vorläufig, bis wir eine Partei Dummwirth haben, fehlt ihm jede Grundlage, deshalb thut es so, als hätte die Nährmutter es wieder ins Haus und an ihr Herz ausgenommen. Als das Blatt wirklich officiös war, hatte es gar nicht nöthig, dies zu versichern, es behauptete vielmehr immer seine Unabhängigkeit, was damals erst recht als ein Beweis angeführt wurde, daß es mit dieser Unabhängigkeit nicht weit her sei. Wenn die „N. Z. C.“ heute noch ein Regierungsorgan ist, so ist es es höchstens der russischen Regierung gegenüber, deren Interessen sie in jüngster Zeit mehr vertritt, als die der deutschen. — Am 3. d. M. hatte die „N. Z. C.“ wieder einmal in russischem Sinne der Welt gaulisch gemacht; sie sagte, daß die allgemeinen europäischen Interessen nicht länger unter dem Marasmus, welcher im Osmanenreiche herrsche, leiden dürften, dessen unheilvollen Folgen nur durch ein rechtzeitiges Eingreifen vorgebeugt werden könne.“ Die österreichischen Blätter witterten dahinter ein von Bismarck unterstütztes Interventionsproject und kämpften dagegen mit Aufwand von vielem Pathos. Wirklich officiös wird aber von Wien telegraphirt, Andraffy, welcher jedem Interventionsplane entschieden entgegengetreten würde, habe den Artikel der „N. Z. C.“ für eine Tagesleistung der Redaction und für durchaus nicht officiös erklärt.

Ein Special- Correspondent der „Indep. Belge“ will während der Kämpfe Mustafa Pascha's im Duga-Passe constatirt haben, daß die Türken die völlerrechtlich verpöbten explosiven Gewehrflugeln gebraucht haben; daher, sagt er, rühre auch der verhältnismäßig große Verlust der Infurgenten an Todten. Alle (?) verwundeten Infurgenten seien durch die im Leibe erfolgte Explosion der Kugeln gestorben. Solche Geschosse überbringt der Correspondent vom Schlachtfelde als corpus delicti dem Präsidenten der Gesellschaft des rothen Kreuzes in Genf.

Deutschland.

△ Berlin, 5. Mai. Es ist Neigung vorhanden, den Entwurf wegen Verlegung des Etatsjahres mit Rücksicht auf den beigegebenen Stat für die ersten 3 Monate des Jahres 1877 an die Budget-Commission zu verweisen. Ferner will man auch das Gesetz über den Austritt aus den Synagogen-Gemeinden commissarisch vorberathen lassen und zwar durch die Justizcommission oder durch eine besondere Commission. Es mag hierbei bemerkt werden, daß zu dem letztgedachten Entwurf noch dauernd Petitionen eingehen. Die Mehrzahl der in jüngster Zeit erschienenen richtet sich namentlich gegen die Bestimmung, daß die Gemeinden das Recht haben sollen, den Austretenden die Mitbenutzung des Begräbnißplatzes zu versagen. Die erste Lesung des Gesetzes wird im Laufe der nächsten Woche stattfinden. — Landwirtschaftliche Ausstellungen, Sitzungen von Vereinen etc., welche in den letzten Tagen hier mehrfach stattfanden, haben eine ungewöhnliche Anzahl Landwirthe aus allen Theilen der Monarchie hier zusammengeführt. Aus den Kreisen derselben hat man vielfach Anlaß genommen, den Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Friedenthal theils in Zufriedenheit, theils durch Deputationen lebhaft Anerkennung für seine Haltung bei der Eisenbahn-Debatte im Abgeordnetenhaus und für die Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen auszusprechen. Es ist dabei ausdrücklich betont worden, daß man Werth darauf lege, den Minister in vollem Einklange mit seiner früheren handelspolitischen Richtung vorgehen zu sehen.

Von den vielen neuerdings aus der Armee geschiedenen Offiziere, welche die Berechtigung zur Anstellung im Civildienste haben, wird sich voraussichtlich ein großer Theil um Anstellung im Postdienste bewerben. Die Verwendung pensionirter Offiziere im Civildienste datirt aus der Zeit Friedrich's des Großen und wurde von Friedrich Wilhelm III. nach Beendigung der Freiheitskriege noch dahin erweitert, daß der größere Theil der Postämter zur Anstellung und Versorgung invalider Offiziere vorbehalten bleiben sollte. Während des Zeitraums von 1850, in welchem Jahre das Postwesen reorganisiert wurde, bis zum Jahre 1868 wurden nur wenige Offiziere als Amtsvorsteher im Postdienste angestellt. Erst in neuerer Zeit zeigt sich wieder eine ganz besondere Vorliebe für die Anstellung von Offizieren im Postdienste, so daß gegenwärtig im deutschen Reichspostgebiete viele Offiziere als Postamtsvor-

steher angestellt sind, nachdem sie sich in wenigen Monaten bei einer Postanstalt ausgebildet und ein leichtes Examen absolvirt hatten. Es ist offenbar ein Mißverhältnis, — bemerkt die „Voss. Ztg.“ — daß ein Offizier auf so leichte Weise zum Vorgesetzten von algebienten Post und Oberpostsecretären gemacht wird. Unmöglich kann ein invalider pensionirter Offizier in 6 bis 12 Monaten sich diejenigen Postdienstkenntnisse aneignen, wozu ein Gymnasial-Abiturient, welcher als Cleve, Post- und Oberpostsecretär alle Stufen des praktischen und theoretischen Postdienstes durcharbeiten muß, bei dem ange strengtesten Fleiße mindestens 12 bis 18 Jahre gebraucht.

Posen, 5. Mai. Die Vorschuß- und Creditvereine der Provinz Posen halten am 27. und 28. d. M. in unserer Stadt unter Vorsitz des Verbandsdirectors, Rechtsanwält Sauer, einen Genossenschaftstag ab. Als Vertreter der Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften wird Schulze-Delisch oder ein Vertreter desselben, selbst hierher kommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Mai. Die Delegationen beider Reichshälften sind, wie die „Politische Correspondenz“ meldet, auf den 15. d. M. nach Pest einberufen.

Frankreich.

×× Paris, 3. Mai. Uebermals geben zwei Präfecten, welche von Ricard in andere Departements geschickt worden, ihr Mißvergnügen kund. Es sind dies die Herren Tourville, Präfect des Ardèche, und de Lestaubière, Präfect des Ariège. Der letztere ist bekanntlich ein Bonapartist. — Rouher, dessen Wahl in Ajaccio cassirt worden ist, hat gleichwohl an die dortigen Wähler ein Dankschreiben gerichtet, worin er die Ansicht auspricht, daß die Wahl vom 5. März die Anerkennung des kaiserlichen Prinzen als Familien-Oberhauptes einschleße. Der Sohn Eugeniens hatte, wie man weiß, in seiner Eigenschaft als Familienhaupt in einem Briefe Rouher empfohlen, und eben hierin sah die Kammer einen der Gründe für die Ungültigkeit der Wahl. Die Partei von Chiselhurst scheint ihren Candidaten für die demnächstige Stichwahl demselben Mißgeschick nicht aussetzen zu wollen, und Rouher erklärt in dem erwähnten Schreiben, der kaiserliche Prinz werde diesmal seinem Vetter Jérôme eine schweigende Verachtung entgegenstellen. — Man bemerkt in der jüngsten Zeit einen steigenden Fremdenzufluß nach Paris. In den letzten 14 Tagen betrug die Fremdenzahl 25 000, in den vorhergehenden zwei Wochen war sie 21 000. — Heute Abend findet zu Ehren des Herzogs von Connaught ein Diner in der Präsidentschaft statt. Unter den Gästen werden sich die Königin Isabella, der Duc de Montpensier und mehrere Diplomaten befinden. — Delbrück ist hier angekommen; man meldet ebenfalls die Ankunft des Marfchalls Mariatsky.

Versailles, 4. Mai. In der heutigen Sitzung der Budgetcommission legte der Deputirte Alber Grévy seinen Bericht vor, in welchem verschiedene Reductionen in dem Budget für das Ministerium des Auswärtigen vorgeschlagen werden. Die Commission sprach sich indessen fast einstimmig für die Aufrechterhaltung desselben in seiner jetzigen Gestalt aus. (M. T.)

Italien.

Rom, 5. Mai. Die Deputirtenkammer beschloß, daß die Bureaux der Kammer die Baseler Convention und den Wiener Vertrag über die oberitalienischen Eisenbahnen zuerst und gesondert von den übrigen Eisenbahnconventionen berathen sollen. Die Bureaux sind constituirt und haben bereits die Berathung der oberitalienischen Eisenbahnconvention begonnen. Der Deputirte Peruzzi sprach gegen die Convention. Zu Vorständen der Bureaux sind 16 Mitglieder von der Rechten und 11 von der Linken gewählt worden. (M. T.)

England.

London, 4. Mai. Unterhaus. Nachdem der Deputirte James dem Hause die bereits bekannte Mittheilung gemacht hatte, daß er einen Antrag eingebracht habe, dahin gehend, der Regierung formell ein Tadelvotum für die Sprache zu erteilen, in welcher die Proclamation über die Annahme des neuen Titels abgefaßt ist, erklärte der Premier Disraeli, er fasse die Interpellation James nicht nur als ein Tadelvotum auf, sondern als ein Mißtrauensvotum. Die Berathung desselben wurde auf nächsten Donnerstag festgesetzt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Kanzler der Schatzkammer dem Deputirten Wolf gegenüber, er halte eine Discussion über das Arrangement betreffend die zukünftige Verwaltung des Suezcanals für inopportun. (M. T.)

Rußland.

Petersburg, 3. Mai. Der Streit über den Nutzen oder Schaden von Findelhäusern ist noch nicht entschieden; Thatsache ist, daß in unserer Residenz, wo eine in großem Maßstabe angelegte Anstalt zur Aufnahme von ausgelegten und verlassenen Kindern besteht, Kindesmord ein fast nie vorkommendes Verbrechen ist. Leider ist die Mortalität unter den Kindern im hiesigen Findelhause so ungeheuer groß, daß nur ein sehr kleiner Procentatz derselben am Leben und für die Gesellschaft erhalten werden kann. Diese Erscheinung im Vereine mit der offenbaren Immoralität, der durch das Bestehen derartiger Anstalten Vorschub geleistet wird, stellt den Nutzen derselben sehr in Frage. Nichtsdestoweniger ist man in administrativen Kreisen mit dem Plane beschäftigt, in allen größeren Provinzialstädten Findelhäuser zu errichten, wozu die immer zunehmenden Fälle von Tödtung unendlich geborener Kinder Anlaß geben. Die Provinzial-Findelhäuser sollen nach denselben Principien wie das hiesige Findelhause organisiert werden und gewissermaßen Filialen desselben bilden. — Die Unification der russischen Eisenbahnen mit ihren buntgezeichneten Tarifen bildet die unausgesezte Sorge unseres Ministeriums der Communicationen. Seit einiger Zeit ist eine von der Regierung eingesetzte Commission, unter Assistenz von Eisenbahnrepertern und einigen Repräsentanten des Kaufmannsstandes thätig, Normal-Bestimmungen über den Transport von Gütern und Reisegepäck sowohl im Local- als auch im Transit-Verkehr endgültig auszuarbeiten. Das Transport-Reglement wird für alle Eisenbahnen Giltigkeit erlangen. (R. S. Z.)

Rumänien.

Bukarest, 5. Mai. Der Senat hat von 11 Wahlmandaten, die vorläufig beanstandet waren,

4 nachträglich als gültig anerkannt. Die Regierung hat das zur Veranlassung vorgelegte Unterrichtsgesetz zurückgezogen. (W. T.)

Merita.

Newyork, 2. Mai. Es verlautet, daß der Senat sich in der Belpnap'schen Anlage-Angelegenheit als nicht zuständig erklären wird, weil Belpnap seine Entlassung als Kriegsminister hatte, ehe die Anlage erhoben wurde. — Der Kaiser von Brasilien ist am 29. April von San Francisco nach Chicago abgereist.

Rio de Janeiro, 25. März. Die Republik Chile hat den Frauen das politische Stimmrecht verliehen. Sie ist der erste Staat, welcher sich zu diesem Schritte versteht. Für beide Geschlechter ist nunmehr das einzige Erfordernis, um stimmberechtigt zu sein, daß der Betreffende im Besitz der Volljährigkeit, sowie der Fähigkeit zu lesen und zu schreiben ist.

Danzig, 6. Mai.

* Vom 15. Mai ab bis auf Weiteres tritt für die Localzüge auf der Strecke Danzig-Zoppot folgender Fahrplan in Kraft: Von Danzig: 2 Nachm., 5.30 Nachm. und 10.10 Ab.; von Zoppot: 6.50 Morg., 4.50 Nachm. und 7 Abds. — Der gesammte Sommerfahrplan auf der pommerischen Bahn tritt erst zum 15. Juni in Kraft.

— Nach § 331 des Strafgesetzbuches ist ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, forderbar oder sich versprechen läßt, mit Geldstrafe bis zu Einmündert Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Diese Bestimmung ist nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 4. April d. J. nur dann zur Anwendung zu bringen, wenn richtig festgestellt ist, daß sowohl der Wille und das Bewußtsein des Geschenkgebers als auch des Geschenknehmers darin übereinstimmen, daß das Geschenk die Belohnung für die Amtshandlung darstellen solle.

* Die „Off. Stg.“ schreibt: Ende Juli v. J. traf hierher (in Stettin) der Dampfer „Svea“, Capitän Abmon, mit Havarie von Antwerpen ein und in der über dieselbe entworfenen gerichtlichen Dispathe wurden Mark 2551, 43 als Havarie grosse classificiert. In dem zur Erklärung über die Dispathe anberaumten Termine erhob ein Theil der Ladungsempfänger gegen die Rechtmäßigkeit der Vertheilung Einspruch und in Folge eingeleiteter Klage wurde der Betrag der Havarie grosse durch gerichtliches Erkenntnis auf Mark 821, 31 herabgesetzt, also um die erhebliche Summe von Mark 1830, 13 vermindert. Diese bedeutende Ersparnis ist insofern nur den wenigen Ladungsinteressenten zu gut gekommen, welche unter Zuziehung und auf Veranlassung ihrer betreffenden Assuradeure die Anerkennung der Dispathe in dem gebuchten Termine verweigert hatten. Die erhebliche Mehrzahl war gar nicht erschienen, für sie blieb mithin gemäß Art. 57 § 2 des Einlieferungsgegesetzes zum Deutschen Handels-Gesetzbuche die ursprünglich entworfenen, d. h. also die unrichtigen, Dispathe maßgebend und sie mußten ihren Beitrag nach dieser, folglich über dreimal soviel als die protestirenden Empfänger, bezahlen. Auf Grund dieser Entscheidung dürfte es zweckmäßig erscheinen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Ladungsempfänger in ihrem eigenen Interesse gut thun, den Entwurf einer gerichtlichen Dispathe stets vor dem zur Erklärung über dieselbe anberaumten Termine sorgfältig zu prüfen, resp. vorher Vorlage des Entwurfs rechtzeitig die Erklärung ihres Assuradeurs über denselben einzuholen, da gemäß § 88 der Allg. Seeverversicherungs-Verordnungen von 1867 und Art. 84 Abs. 1 des Deutschen Handels-Gesetzbuches der Versicherte die Folgen eigener mangelhafter Wahrnehmung seiner Rechte selbst zu vertreten hat.

** [Polizeibericht.] Gefunden ist ein Pfand-schein über ein Lafen. Der unbekannte Eigentümer kann denselben im Polizei-Geschäftsbaue Langgasse No. 25 in Empfang nehmen. — Der Kellner C. hat in Restaurant R. 9 A. und eine dem Schiffer K. gehörige Spinelluhr unterschlagen. — Der englische Matrose C. wurde arretirt, weil er in der Nacht zum 5. d. auf der Straße in Neufahrwasser dem Wachtmann B. ohne jede Veranlassung ins Gesicht schlug. — Gestern Abends gerieth der mit andern Knaben in der Gr. Wallberggasse spielende dreizehnjährige Knabe J. unter die Räder eines im Schritte fahrenden Lastwagens, wobei er so unglücklich überfahren wurde, daß das linke Bein am Oberschenkel total gebrochen wurde und die Aufnahme des J. in das Stadtlazareth polizeilich-ärztlich veranlaßt werden mußte.

Dirschau, 4. Mai. Der Kaiser von Rußland wird auf der Reise nach Berlin am 11. d. M. Nachts 3 Uhr unsern Bahnhof passieren. Ob ein Aufenthalt stattfinden wird ist noch nicht bekannt. (D. A.)

— Das Reichamt des großen Marienburger Werders zu A. Selenitz führt in einer Petition an das Abgeordnetenhaus die großen Gefahren und Uebelstände, die für den großen Marienburger Werder durch die ungenügende Regulierung der Weichsel und Nogat bestehen, vor Augen, welche leider so häufig Dammbrüche und verheerende Ueberschwemmungen zur Folge haben. Die Petenten bitten den Reichsanwalt auf die geeignete Art und Weise, aber so schnell als möglich und noch in diesem Jahre Abhilfe zu verschaffen und beantragen: 1) den Weichsel-Nogat-Canal bei Biedel wieder so weit einzunagen, als dies früher bei dessen Anlage und Befahren der 33 Gießbächer der Fall war; 2) den projectirten Durchstich durch die Wehrung auszuführen, um den Giesgang von der völlig verwilderten Danziger Weichsel möglichst abzuhalten und denselben auf dem kürzesten Wege der Diffe anzuführen; 3) bis dahin, daß dies ausgeführt, die Weichselverbindung bei Neufähr so weit zu reguliren und zu vertiefen, daß der Giesgang aus der Danziger Weichsel ungehindert in die Diffe Abzug finden kann. In der Agrar-Commission gab der Vertreter der Staatsregierung seine Erklärung bezüglich der in diesem Jahre vorliegenden Petition und der darin gestellten oben angeführten drei Anträge dahin ab, daß bezüglich des Antrags ad 1 die Staatsregierung die Ablicht habe, den Canal bei Biedel wieder mit starken Eiswehren zu versehen und die betreffenden Arbeiten bald möglichst auszuführen. Der unter 2 angeführte projectirte Durchstich durch die Wehrung sei ein Haupttheil des großen vorliegenden Project der Weichselregulierung. Die Vorarbeiten hierzu wären eingeleitet und habe die Staatsregierung in neuester Zeit Maßnahmen getroffen, um auch diese Vorarbeiten möglichst zu beschleunigen. Ob aber und wann der Durchstich in Angriff genommen werden könne, sei erst nach Beendigung der Vorarbeiten zu beantworten. Was schließlich den dritten der Aufzählung und Vertiefung der Weichselverbindung bei Neufähr betreffe, so sei diese seit mehreren Jahren in Angriff genommen und werde daran auch in diesem Jahre rüstig weiter gearbeitet werden. Die Commission hält die von den Petenten unter 2 gestellte Forderung durch die Erklärung des Reichsanwalts für erledigt. Dagegen sieht sich die Commission veranlaßt, in Ansehung der außerordentlich großen Gefahr, die bei den jetzigen Zuständen bei jedem Giesgange für die Niederungen der beiden Nogatufer und für die Stadt Elbing entstehen, und welche die möglichst Beschleunigung in der Ausführung der betreffenden Schutzmaßregeln als dringende Pflicht er-

scheinen lassen, zu beantragen: das Haus der Abgeordneten wolle die Petition bezüglich der darin unter 1 und 3 gestellten Forderungen der künftigen Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen. (G. B.)

Elbing, 5. Mai. Gestern starb der hiesige Telegraphenamt-Vorsteher A. Febrmann. Er hatte 40 Jahre im Staatsdienste gewirkt, 36 Jahre der Telegraphenverwaltung angehört.

Conis. Am 2. d. waren der Regierungs-Präsident v. Flottwell und der Regierungs- und Schulrath Dr. Schulz aus Marienwerder hier gegenwärtig, um Befehl's Ordnung der hiesigen Schulverhältnisse mit den städtischen Behörden zu unterhandeln. Der Verhandlung wohnten noch bei der hiesige Landrath Dr. Wehr, der Stadtverordneten-Vorsteher Krendt und der Rector der Stadtschule Grabowski, ferner die Mitglieder des Magistrats und der städtischen Schuldeputation. Es handelte sich darum, ob die hiesige städtische höhere Töchterschule auf Kosten der Stadt einzurichten, bezw. zu erweitern und zu erhalten sei, oder ob dieselbe aufgehoben werden und die Einrichtung einer solchen (event. mit Staatsbeihilfe) dem Privatunternehmen zu überlassen sei. Man kam zu folgenden Beschlüssen: 1. Ein Bedürfnis zur Gründung einer höheren Töchterschule ist vorhanden und kann nur befriedigt werden durch Errichtung einer öffentlichen höheren Töchterschule auf städtische Kosten. Aus mehreren Gründen sei es der Privatindustrie nicht zu überlassen, für den höheren Töchterschulunterricht zu sorgen. 2. Diese Anstalt soll einen paritätischen Charakter haben, in der Weise, daß für den Religionsunterricht jeder Confession in ausreichender Weise Sorge getragen wird. 3. Der Kostenpunkt wurde veranschlagt im ganzen auf 25 000 M., von denen 11 700 M. auf die Besoldung zweier Hauptlehrer, eines Mittelschullehrers und zweier Lehrerinnen nebst Zuzuschuss zum Gehalt des (Stadtschul-) Rectors kommen, 1500 M. auf die Schulbedürfnisse und 1800 M. Zinsen des Bancapitals resp. Miethes. Außer dem auf 9000 M. berechneten Schulgeld wäre ein Zuschuss von 6000 M. erforderlich, und für den Fall, daß der Staat die Hälfte desselben als Zuschuss zu geben bereit sei, erklärt die Versammlung, daß die Stadt bereit sei, die andere Hälfte zu leisten. Das Stadtverordneten-Collegium trat den vorher angegebenen Aufstellungen in allen Punkten bei. Da der Regierungs-Zuschuss gesichert sein soll, so stände demnach der Errichtung der höheren Töchterschule nichts mehr im Wege. Dieselbe soll ihre Zöglinge soweit bringen, daß sie die höhere Lehrerinnen-Prüfung zu bestehen befähigt werden. (Crm. Stg.)

* Hr. Holland. In der letzten Sitzung der hiesigen polytechnischen Gesellschaft wurde beschlossen, den Gewerbetag zu Danzig zu beschließen, um so mehr, da das dort zur Verhandlung kommende Thema „Ueber Fortbildungsschulen“ für uns von besonderem Interesse ist, da die Gründung einer solchen Schule hier im Werke ist. Zum Deputirten wurde Herr Rose erwählt. — Als Sommerexcursion des Vereins wurde eine Fahrt nach Danzig beschlossen. — Die Anmeldungen zur landwirthschaftlichen Ausstellung sind bis jetzt wider Erwarten spärlich eingegangen und sonderbarer Weise von Hr. Holland selbst keine, während Königsberg und Elbing schon in verschiedenen Branchen vertreten sind. Ebenso haben sich bis dato die kleineren Vorküfer sehr reservirt gehalten, für welche speziell 1100—1200 M. und außerdem noch Silberprämien als Prämien bestimmt sind.

Versetzt sind: die Kreisger. Räte Liebscher in Tilsit an das Kreisgericht in Bromberg und Bartijus an das Stadtgericht in Berlin, die Kreisrichter Weigenmüller in Liebstadt und Müller in Ragnitz als Stadtrichter an das Stadtgericht in Berlin. Zum Kreisrichter ist ernannt: der Ger.-Assessor Caspar bei dem Kreisgericht in Osterode.

— In Wormbitz — nicht in „Mottenburg“, wie wir zu bemerken für nöthig halten — hat dem „Verb. Rchl.“ zufolge der Magistrat vor Kurzem eine Polizeiverordnung publicirt, wonach Dienstboten und Lehrjungen sich während der Sommermonate nicht mehr nach 7 Uhr Abends auf der Straße nammentlich unter den Lauben, umhertreiben dürfen.

Vermischtes.

Berlin. Albert Niemann, der vom 1. März 1877 an pensionirter ist, wird fortan nur etwa 4 Monate des Jahres unserem Hoftheater eigentlich als Gast angehören. Der diesbezügliche Contract ist jetzt aufgekündigt worden. In der übrigen Zeit des Jahres wird Niemann mehrere Monate am Stadttheater in Hamburg verbringen, wofür der Director des dortigen Stadttheaters, Pollini, ihm ein Einkommen von 60 000 M. garantirt hat.

Breslau, 4. Mai. Die gestern beendete Schafschau war von ca. 4000 Besuchern frequentirt, so daß die nicht unbedeutenden Kosten fast ganz aus den Eintrittsgeldern gedeckt werden können. Der Verkauf einzelner Thiere resp. ganzer Stämme war nicht bedeutend; doch wurden einzelne Böcke zu hohen Preisen erstanden. Den höchsten erzielten Preis erhielt Herr Rittergutsbesitzer H. Seine auf Karfan in Westpreußen: er verkaufte nach der „Schl. Stg.“ einen Merino-Rambouillet-Bock für 3000 M.

Lissa, 4. Mai. Gestern, schreibt man der „P. Z.“ ist in unserer Stadt ein Mord verübt worden. Ein Mann aus den gebildeten Ständen, der früher kathol. Theologie und später Philosophie studirt hat, dann als Bureaubeamter bei den Gerichten eintrat und kurze Zeit dort beschäftigt war, insofern auch aus dieser Stellung seiner Verkommenheit wegen entlassen werden mußte, hat seine Ehefrau durch Erhängen ermordet. Die Veranlassung zu dem Mord gab ein Zank mit der Ermordeten, wie er bei diesen Gelegenheiten alltäglich vorgekommen ist. Der Verbrecher ist der That gefähig und hat bei seiner Verhaftung nicht die geringste Reue gezeigt.

* Der Defraudant G., welcher bekanntlich vor 5 Wochen die Kasse des Polytechnicums in Riga in Betrage von ca. 80 000 R. bestahl, ist dieser Tage in einem Hafen Hollands arretirt worden. Wie verlautet, ist seine Gefangennahme dadurch erfolgt, daß er in einem aufgefangenen Briefe an einen seiner Verwandten aus Dissa die Notiz beifügte, daß er sich demnächst per Schiff nach Holland begeben würde. Bei seiner Ankunft dort erwarteten ihn bereits abgeandete Detectives. Man hat bei ihm circa 19 000 Rubel in baarem Gelde vorgefunden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 5. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco und auf Termine rubig. — Roggen loco fest, auf Termine rubig. — Weizen 7er Mai 126 1/2 1000 Kilo 206 Br., 205 Gd., 7er Juli-August 126 1/2 207 1/2 Br., 207 Gd., — Roggen 7er Mai 1000 Kilo 146 Br., 145 Gd., 7er Juli-August 148 Br., 147 Gd., — Hafer rubig. — Gerste fest. — Rübsöl rubig, loco 61 1/2, 7er Mai 61 1/2, 7er Oct 7er 206 1/2 63 1/2. — Spiritus rubig, 7er 100 Liter 100 1/2, 7er Mai 34, 7er Juni-Juli 34 1/2, 7er Juli-August 35 1/2, 7er September-October 37 1/2. — Kaffee rubig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 12.20 Br., 12.00 Gd., 7er Mai 12.00 Gd., 7er August-Dezbr. 12.10 Gd., — Wetter: Wolkig. — Frankfurt, a. M., 5. Mai. Effecten-Societät. Creditation 116 1/2, Franzosen 223 1/2, Lombarden 75,

Gasifer — Reichsbank 157 1/2, 1860er Loose 99 1/2, Silberrente 58 1/2, Darmstädter Bankactien 96 1/2. — Bremen, 5. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11.25 bez., 7er Juni 11.40, 7er Juli 11.50, 7er August-December 12.25. — Hamburg, 5. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco gefähtlos, auf Termine niedriger, 7er Mai 285, 7er Novbr. 307. — Roggen loco und auf Termine unverändert, 7er Mai 177, 7er Juli 183, 7er October 189. — Raps 7er April —, 7er October 396. — Rübsöl loco 36, 7er Herbst 37 1/2. — Wetter: Schön.

Wien, 5. Mai. (Schlußcourse.) Papierrente 65.85, Silberrente 69.90, 1854r Loose 106.00, Nationalb. 871.00, Nordbahn 1800, Creditactien 137.90, Franzosen 264.00, Galizier 186.75, Kaiserthum-Darbenberger 103.50, Pardubitzer 120.50, Nordwestbahn 131.70, do. Lit. B. 42.00, London 120.50, Hamburg 58.60, Paris 47.50, Frankfurt 58.60, Amsterdam 99.80, Creditloose —, 1860r Loose 111.00, Lomb. Eisenbahn 86.75, 1864r Loose 131.20, Unionbank 56.50, Anglo-Austria 61.60, Napoleons 9.56 1/2, Dukaten 5.69, Silbercoupons 103.30, Elisabethbahn 152.20, Ungarische Prämienloose 73.20, Deutsche Reichsbanknoten 59.15, Türkische Loose 16.50.

London, 5. Mai. [Schluß-Course.] Con- sol 7er Juni 96 1/2, 5 1/2 Ital. Rente 71 1/2, Lombarden 7 1/2, 3 1/2 Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2, 3 1/2 Lombarden-Prioritäten neue —, 5 1/2 Russen de 1871 96, 5 1/2 Russen de 1872 —, Silber 53 1/2, Türkische Anleihe de 1865 12 1/2, 5 1/2 Türken de 1869 14, 6 1/2 Vereinigte Staaten 7er 1885 103 1/2, 6 1/2 Vereinigte Staaten 5 1/2 fundirte 106 1/2, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrente —, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 86 1/2, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 2. Emission 83 1/2, Spanien 13 1/2, 5 1/2 Peruaner 22 1/2. — Wechselnotirungen: Berlin 20.54, Hamburg 22.53, Frankfurt a. M. 20.54, Wien 12.20, Paris 25.37, Petersburg 30 1/2.

Liverpool, 5. Mai. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Widdling Orleans 6 1/2, middling amerikanische 6 1/2, fair Dholera 4 1/2, middl. fair Dholera 4 1/2, good middl. Dholera 4, middl. Dholera 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, good fair Broad —, new fair Dombra 4 1/2, good fair Dombra 4 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 6 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2. — Unverändert. — Upland nicht unter low middling Juni-Juli-Lieferung 6 1/2 d. — Baumwollen-Wochenbericht. Schwimmend nach Großbritannien 312 000 Ballen, davon amerikanische 146 000 Ballen.

Liverpool, 5. Mai. Getreidemarkt. Weizen 2, Mehl 6 d niedriger, Mais stetig. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Mai. (Schlußbericht.) 3 1/2 Rente 68.15, Anleihe de 1872 105.45, Italienische 5 1/2 Rente 72.10, Ital. Tabaks-Actien —, Italienische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 558.75, Lombardische Eisenbahn-Actien 188.75, Lombardische Prioritäten 235.00, Türken de 1865 12.60, Türken de 1869 76.00, Türkenloose 38.75, Credit mobilier 182, Spanien ext. 13.43, do. int. 12 1/2, Suezcanal-Actien 730, Banque ottomane 362, Societe generale 527, Egypter 220. — Wechsel auf London 25.18 1/2. — Sehr fest und belebt.

Paris, 5. Mai. Productenmarkt. Weizen weich, 7er Mai 28.00, 7er Juni 28.25, 7er Juli-August 30.00, 7er September-December 29.75. Mehl weich, 7er Mai 61.00, 7er Juni 61.50, 7er Juli-August 63.00, 7er September-December 64.00. Rübsöl rubig, 7er Mai 80.50, 7er Juli-August 81.50, 7er September-December 82.75, 7er Januar-April 84.00. Spiritus weich, 7er Mai 48.25, 7er Juli-August 49.00.

Petersburg, 5. Mai. (Schlußcourse.) Don-doner Wechsel 3 Monat 31 1/2, Hamburger Wechsel 3 Mon. 267 1/2, Amsterdamer Wechsel 3 Mon. 158, Pariser Wechsel 3 Mon. 330, 1864r Prämien-Anleihe (gepft.) 209, 1866r Prämien-Anl. (gepft.) 204, 1/2 Imperial 6.26, Große russische Eisenbahn 162 1/2, Russische Votcred. Pfandbriefe 104 1/2. — Productenmarkt. Talg loco 55.00, Weizen loco 11.75, Roggen loco 7.00, Hafer loco 5.00, Haht loco 37.00, Reis (9 Pud) loco 12.75. — Wetter: Veränderlich.

Antwerpen, 5. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen rubig. Roggen behauptet. Hafer stetig. Gerste vernachlässigt. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27 1/2 bez. und Br., 7er Mai 27 1/2 bez. und Br., 7er Juni 28 Br., 7er September 29 1/2 Br., 7er September-December 30 Br. — Matt.

Newyork, 4. Mai. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 87 1/2 C, Goldagio 12 1/2, 5/32 Bonds 7er 1885 114 1/2, do. 5 1/2 fundirte 117 1/2, 5/32 Bonds 7er 1887 121, Eriebahn 14 1/2, Central-Pacific 106 1/2, Newyork Centralbahn —, Schiffe Notirung des Goldagios 12 1/2, niedrigste 12 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 1/2, do. in Philadelphia 13 1/2, Mehl 5 D. 10 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D 30 C., Mais (old mixed) 67 C., Zucker (fair refining Muscovados) 7 1/2, Kaffee (Rio-) 17 1/2, Schmalz (Marke Wilcox) 13 1/2 C., Speck (short clear) 12 1/2 C. Getreidefracht 7 1/2.

Danziger Börse.

Amliche Notirungen am 6. Mai.

Weizen loco unverändert, Termine höher, 7er Tonne von 2000 A feingelag n. weiß 130-135 1/2 215-225 A Br. hochbunt . . . 128-132 1/2 208-215 A Br. hellbunt . . . 125-131 1/2 208-212 A Br. 199-206 bunt . . . 124-128 1/2 197-206 A Br. A bez. roth . . . 128-132 1/2 195-200 A Br. ordinar . . . 113-125 1/2 175-195 A Br. Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 200 M. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er Mai-Juni 201 M. bez., 202 M. Br., 7er Juni-Juli 203 M. Br., 7er Juli-August 210 M. bez., 7er September-October 210 M. bez.

Roggen loco behauptet, 7er Tonne von 2000 A 145 M. 7er 120 1/2 bez. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 143 M. Auf Lieferung 7er Mai 141 M. Gd. Gerste loco 7er Tonne von 2000 A kleine 106, 109 1/2 142, 148 M. Petroleum loco 7er 110 A (Original-Tara) ab Neufahrwasser 13.50 M. Auf Lieferung 7er Mai 13.50 M. Steinkohlen 7er 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Rabladungen, doppelt gepackte Kugeln 45-52 M., schottische Maschinenkohlen 51-52 M. — Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20.38 Gd., do. 3 Monat 20.30 Br. 4 1/2 A. Preuß. Consolide Staats-Anleihe 104.15 Gd. 3 1/2 A. Preuß. Staats-Schuldcheine 93.45 Gd. 3 1/2 A. Westpreussische Pfandbriefe, ritterchaftlich 84.35 Gd., 4 1/2 A. do. do. 95.00 Gd., 4 1/2 A. do. do. 101.65 Br., 101.60 gem., 5 1/2 A. do. do. 106.20 Gd. 5 1/2 A. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100.25 Br. 5 1/2 A. Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100.50 Br., 5 1/2 A. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101.00 Br. Das Vortheilheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 6. Mai 1876. Getreide-Börse. Wetter: schön aber kühl. — Wind: N. Weizen loco fand am heutigen Markte nur sehr vereinzelte Kauflust, eine natürliche Folge des durchweg flau und geschäftslos lautenden Inbats der heute eingetroffenen auswärtigen Depeschen. Nur 320 Tonnen sind hier heute gehandelt und ist bezahlt für glasis 126 1/2 199, 200 M., hellfarbig glasis 126 1/2 201 M., hellbunt 129 1/2 206 M. 7er Tonne. Termine wurden theilweise etwas besser bezahlt, Mai 201 M. bez., Juni-Juli 203 M. Br., Juli-August 208 M. Br., August-Sept. 210 M. bez., September-October 210 M. Regulirungspreis 200 A. Roggen loco unverändert, 42 Tonnen polnischer 123 1/2 sind zu 148 M. 7er Tonne verkauft. Termine nicht gehandelt. Mai 141 M. Gd., inländischer Mai-Juni 148 M. Br. Regulirungspreis 143 M. — Gerste loco 108 1/2 142 M., kleine Bran- 106 1/2 144, 148 M. 7er Tonne bezahlt. — Erbsen loco Futter- brachten 155 M. 7er Tonne. — Spiritus nicht angeführt.

Danzig, den 6. Mai 1876. [Wochenbericht.] Die Witterung ist noch nicht dem Maimonat entsprechend, sondern recht kühl, und entwickelt sich der Blätterstich der Bäume sehr langsam. Der Stand der Winterfrüchte scheint im Allgemeinen zu befriedigen. Ein Gleiches wird auch vom Auslande, namentlich von England berichtet, demzufolge denn auch die dortigen Getreidemärkte in ihrer Lustlosigkeit verharren und keine Chance eines Abzuges nach dort bieten. Die Ausstellungen von Weizen an unserer Börse waren gering, und die Auswahl sehr beschränkt, namentlich sind wirklich keine Weizen selten geworden, dennoch für die unregelmäßige Kauflust aus-reichend gewesen, da unser dieswöchentliches Geschäft nur davon abhing, ob gemachte Aufstellungen nach Belgien Annahme gefunden oder nicht, und Bedingung dafür gesucht wurde. Bei einem Umsatze von ca. 1400 Tonnen haben Preise trotz der Festigkeit der Inhaber keine Veränderung erfahren. Bezahlt wurde: roth 130/142, 200 M., glasis 126/142, 200 1/2 M., hellfarbig 125/62, 2 1/2 M., hochbunt und glasis 125, 127 1/2, 202, 204 M., weiß 129 1/2, 213 M., Regulirungspreis 126 1/2, bunt 199, 200 M. Auf Lieferung 200 M. bez. und Geld, Mai, Juni 198 M. bez., Juni-Juli 202 M. bez., 204 M. Br. 203 M. Gd., Septbr.-Dezbr. 208 M. bez. und Geld. Roggen fand nur an Conumenten Absatz und sind zu unveränderten Preisen ca. 230 Tonnen placirt und 120, 124 1/2 mit 146, 150 M. bez., alter polnischer 124 1/2 140 1/2 M., neuer polnischer 121, 123 1/2 146, 148 M. — Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 142 M. Auf Lieferung ohne Handel Mai 141 M. Gd. — Mittel-Erbsen 156, 156 M. — Koch-Erbsen 170 M. — Große Gerste 107 1/2 150 M. bez. — Hafer 158 M. — Rübsen 7er Septbr.-Dezbr. 285 M. bez., 290 M. Br., 285 M. Gd. — Die während der Woche eingetroffenen ca. 30 000 Liter Spiritus wurden zu 43.75 M., 44.50 M. 7er 100 Liter a 100 fl. verkauft.

Productenmärkte.

Königsberg, 5. Mai. (v. Portatius & Grothe.) Weizen 7er 1000 Kilo hochbunter 128 1/2 214, russ. 128 1/2 207.50 M. bez., bunter russ. 124 1/2 196.50 M. bez., rother russ. 113 1/2 177 wärm 160, 120 1/2 172 M. bez. — Roggen 7er 1000 Kilo inländischer 121 1/2 146.50, 125 1/2 149 M. bez., fremder 103 1/2 110, 118 1/2 131.50, 113 1/2 132, 116 1/2 132.50 M. bez., Mai-Juni 140 M. Br., 137 1/2 M. Gd., Juni-Juli 142 1/2 M. Br., 140 M. Gd., Sept.-Oct. 147 1/2 M. Br., 145 M. Gd. — Spiritus 7er 10 000 Liter p. ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 48 1/2 M. Br., 47 1/2 M. Gd., Frühjahr 48 M. bez., Mai-Juni 48 1/2 M. Br., 47 1/2 M. Gd., Juni 49 M. Br., 48 1/2 M. Gd., Juli 50 M. Br., 49 1/2 M. Gd., August 50 1/2 M. Br., 50 1/2 M. Gd., 2. Hälfte August 51 M. Br., 50 1/2 M. Gd., Septbr. 51 1/2 M. Br., 51 M. Gd., September-October 50 1/2 M. Br.

Schiffs-Riken. Neufahrwasser, 6. Mai Wind: MD. Angekommen: Matthias Evers, Andreis, Torre-vieja, Calz. — Agie, Kerjös, Papenburg, Schienen. — Erna, Halvorsen, Garbiff, Koblun. Gelegelt: Actin (SD.), Mühlheimer, Söderbann, leer. — Alfgar (SD.), Spint, Riga, leer. Anna Margarethe, Alpts, Hamburg; Gerhard, Willms, Kleinensiel; Orient, Wehen, Hamburg; sämmtlich mit Holz. — Hans Christensen's Minde, Miffelen, Leith, Getreide. — Lochnagar, Lyall, Burghhead, Knochen. Nichts in Sicht.

Thorn, 5. Mai. Wasserstand: 6 Fuß 1 Zoll. Wind: W. Wetter: bewölkt.

Stromab: Schwindrowski, Busse, Wolno, Graudenz, 1 Kahn, 1800 Lt. Steine. Rostowski, Busse, Wolno, Graudenz, 1 Kahn, 1800 Lt. Steine. Stütkowski, Busse, Wolno, Graudenz, 1 Kahn, 1500 Lt. Steine. Pflugrad, Busse, Wolno, Graudenz, 1 Kahn, 2000 Lt. Steine. Grubisch, Busse, Wolno, Graudenz, 1 Kahn, 1600 Lt. Steine. Fuchs, Rominski, Dobryznowo, Danzig, 1 Kahn, 1538 Lt. Weizen. Bloksdorf, Falkenberg's Söhne, Suprasel, Cüstrin, 5 Traften, 1470 St. Balken w. S. Weinreich, Edelmann, Dpolin, Schulig, 3 Traften, 178 St. Balken h. S., 1516 St. Balken w. S., 120 Schock Fagholz, 205 Eisenbahnschwellen. Bäder, Rohdemann, Lofe, Schulig, 5 Traften, 1694 St. Balken w. S., 133 St. Eisenbahnschwellen. Manteis, Bunte, Wiesnau, Schulig, 5 Traften, 2172 St. Balken w. S. Rehel, Muth, Riese-Wolla, Schulig, 4 Traften, 909 St. Balken w. S. Karpf, Karpf, Rieszow, Ordre, 5 Traften, 1400 St. Balken w. S., 740 St. Mauerlatten. Kuf, Schwanefeld, Woika, Schulig, 2 Traften, 670 St. Balken w. S., 451 St. Mauerlatten. Machus, Berl. Holzcomtoir, Kasow, Schulig, 3 Traften, 1602 St. Balken w. S., 200 Eisenbahnschwellen. Kliner, Berl. Holzcomtoir, Kasow, Schulig, 5 Traften, 1160 St. Balken w. S. Bogel, Berl. Holzcomtoir, Gimmerny, Schulig, 5 Traften, 1118 St. Balken w. S., 950 St. Eisenbahnschwellen. Mandel, Mandel, Lubin, Danzig, 4 Traften, 1383 St. Balken w. S., 30 Schock Fagholz, 100 St. Eisenbahnschwellen, 20 St. Mauerlatten. Brodawe, Stigewo, Jarnslaw, Schulig, 5 Traften, 452 St. Balken h. S., 1163 St. Balken w. S., 182 St. Mauerlatten. Wozzest, Franks Söhne, Scheliani, Schulig, 3 Traften, 1418 St. Balken w. S. Haupt, Nathan Leffer, Thorn, Danzig, 1 Kahn, 2177 Lt. 44 B. Weizen. Poladzeski, Busse, Ribit, Graudenz, 1 Kahn, 1800 Lt. Steine.

Meteorologische Beobachtungen.

Wind	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
5 4	339.53	+ 6.4	N., mäßig, hell, bewölkt.
6 8	339.13	+ 5.2	N., flau, hell, klar.
12	338.83	+ 7.8	N., mäßig, hell, klar.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 7. April, Vorm. 10 Uhr,
Predigt: Dr. Prediger Ködner.
Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr wurden wir
durch die Geburt eines kräftigen Knaben
erfreut.

Danzig, den 5. Mai 1876.
H. Roldenhauer und Frau
geb. Roldenhauer.

1752) Heute Abend 6 1/2 Uhr wurde meine liebe
Frau Babine, geb. Denede, von
einem kräftigen Jungen schwer doch glücklich
entbunden.

Danzig, den 5. Mai 1876.
Frisch Kaulbach.

1751) Heute Abend wurden wir durch die Geburt
eines kräftigen Knaben erfreut.
Neujahrswasser, den 5. Mai 1876.

George Grauert
und Frau.

1752) Die heute Vormittags 11 Uhr erfolgte
glückliche Entbindung seiner Frau
Emilie geb. Maerker von einem kräftigen
Knaben beehrt sich statt besonderer
Mittheilung ergebenst anzuzeigen.

R. Hausberg, Post-Amts-Vorsteher.
Boppot, den 4. Mai 1876.

Gestern Abend 8 Uhr wurden wir durch
die Geburt eines kräftigen Mädchens
hoch erfreut.

Wilhelmshaven, 3. Mai 1876.
1753) Paul Richter,

Marine-Bahneifer
und Frau Rosa, geb. Bard.

Gutlicher, französischer und italienischer
Unterricht wird mit besonderer Rücksicht
auf Conversation und Correspondenz
erteilt Heiligegeistgasse 56, 3. Etage.

Eine hübsche Auswahl gemusterter
Leinwand

Sommerstoffe
und
Curndrills
empfehlen zu billigen Preisen
die Leinwandhandlung
von
Kraftmeier & Lehmkuhl.

Gold u. Silber, jedes Quantum,
kauft G. Seeger, Goldschmiedegasse 21.

Oskar Ehlert,
Maler,
Danzig, Scheibenvittergasse 3,
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache
vorkommenden Arbeiten bei prompter
Bedienung zu soliden Preisen. (1727)

**Nach Cronstadt und St.
Petersburg**

ladet in ca. 10 Tagen
S. D. „Abfalton“.
Güter-Namendungen erbittet
1763) F. G. Reinhold.

Somit erlaube mir meinen werthen Kunden
anzugeben, daß ich die Langgarter Bleiche
eröffnet habe und bitte gleichfalls mich mit
ihrem Wohlwollen zu beehren.

Elise Wiedemann.
NB. Nachtbleichen werden angenommen
wie zuvor. (1776)

Zur Einübung
der Tänze für Polterabende, Silber-
hochzeiten etc. empfiehlt sich hierdurch
ergebenst E. Jachmann, Danzig,
Heiligegeistgasse 34, parterre.

Guten Räucherlachs in Fäusten und
ausgewogen, Elb-Caviar empfehle.
Albert Meck, Heiligegeist-
gasse 29.

Das Kaufmanns- und landwirthschaftl.
Placirungs-Comtoir
von

E. Schulz, Heiligegeistg. 27,
seit ca. 16 Jahren auf reeller Basis gegrün-
det, empfiehlt sich dem geehrten stellen-
vergebenden, wie stellenfuchenden Publikum
ganz ergebenst.

NB. Eingesandte Einschreibgebühren
erfahren nicht, wohl aber rechnet dasselbe
umso mehr ausschließlich auf respectable
Mittheilungen. Andere bleiben unberücksich-
tigt. (748)

Von einem Handwerker wird in
der Nähe der Franzengasse eine
Untergelasse mit zu miethe gesucht.
Abz. werden unter No. 1657 in den Exp.
dieser Btg. erbeten.

Ein gut erhaltenes Pianino ist billig
zu verkaufen. Näheres Hundegasse 115
im Bureau. (1720)

Ein Gispind
wird zu kaufen gesucht. Offerten werden
unter No. 1731 in der Exped. d. Btg. erb.

Nutzholz-Auction
Heubuder Kämpfe.

Montag, den 15. Mai 1876, Vormittags 10 Uhr,
werde ich am angeführten Orte, für Rechnung wen es angeht, lagernd unter Aufsicht
des Holzcapitains Herrn Otto Schille daselbst

400 Stück sichte gebrochene Balken von 11-12" und
darüber stark und in Längen von 20 bis 30 Fuß,
100 Stück sichte gebrochene Mauerlatten,
100 Stück sichte gebrochene Sleeper,
an den Meistbietenden verkaufen.

Die Specification resp. Aufmaß ist in meinem Bureau einzusehen.
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction
angeben. Unbekannte bezahlen sofort.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: Hundegasse No. 111.

Frisch gebrannten schwedisch.
Kalk offerirt billigt die Kalkbrennerei
bei Legan. Bestellungen werden angenommen
Breitgasse 16, 2 Tr. h. u. Langgarten 107.

C. H. Domansky Wwe.

100 Ctr. Weizen-Meie
im Ganzen oder getheilt, sind billig zu ver-
kaufen in der Mühle Senmarkt 1.

Neuen amerikan.
Pferdezahn-Saatmais
offerire.

F. E. Grothe.

1741) Ein mit dem Lederabschnitt vertrauter
junger Mann sucht von logisch oder
auch später Stellung.
Gef. Abz. werden unter 1653 in der
Exp. dieser Btg. erbeten.

Ein Lehrling fürs Comtoir kann sich
Boggenpuhl No. 10 melden. (1643)

2000 Thaler

werden auf sichere Hypothek sofort gesucht.
Gef. Off. nebst Bedingungen, sind u. 1723
an die Exp. dieser Btg. zu richten.

Ein sehr nettes, j. Mädchen, das Kindern den
ersten Unterricht erteilt und der Frau
in der Wirthschaft behilflich war, empfiehlt sich
ähnliche Stellen J. Hardegen.

Eine forsch, gut ausf. Kellnerin mit nobl.
Garberode, einen Kellner u. einen Diener
weist für außerhalb nach J. Hardegen,
Heiligegeistgasse 100.

Eine anst. Jungfer, die 6 Jahre auf einer
Stelle war, das Schneidern, Fräsen u.
die f. Wäscherei versteht, empfiehlt per 1. Juni
J. Hardegen, Heiligegeistgasse 100.

Nebenmamsells für Kurwaaren u. Material-
waarengeschäfte, die 4-6 Jahre auf Stellen
gewesen, empf. J. Hardegen.

Eine herrschaftl. Wohnung,
bestehend aus 4 Zimmern
nebst Zubehör ist Hundegasse
No. 7 zum October d. J. zu
vermieten. Näheres Hunde-
gasse No. 8, im Comtoir.

Hundegasse 61 sind 1 Com-
toirzimmer
und die im Hinterhause (Dienergasse
No. 29) belegenen Kammern und
Speicherräumlichkeiten sofort zu ver-
mieten. Näheres im Comtoir da-
selbst. (1619)

Ein Laden nebst Wohnung ist
sogleich zu vermieten Boggen-
puhl No. 8, parterre.

Den Unterrichts des Speichers „Das
rothe Kreuz“ haben vom 1. August cr.
ab zu vermieten

Porsch & Ziegenhagen,
Hundegasse 61.

Echt Schleissches Bier
und echt
Erlanger Export-Bier

täglich frisch vom Faß.
Auch empfehle meine zwei Billards
einem hochgeehrten Publikum.

Ergebenst
Julius Frank,
Brodhankeng. 44.

Maitraut,
täglich frisch, empfiehlt billigt
C. H. Kiesau.

Frühjahrs-Porter,
von Barclay, Perkins & Co. London,
10 Flaschen 3 Mark, empfiehlt
die Weinhandlung
von

C. H. Kiesau.

Mein Gasthaus,
Restauration u. Billard,

mit neu eingerichtetem Garten empfehle ich
dem geehrten Publikum zur geneigten Be-
achtung. Morgens wie zu jeder Zeit Kaffee
und frische Milch bereit.

Amort,
Alt Schottland 198.

Kaufmännischer Verein.

Die Versammlungen finden während
der Sommermonate jeden Mittwoch
Abend in den Lokalitäten des Herrn
Reissmann, Neugarten No. 1, statt.

Die den Verein betreffenden Annoncen
wird die Danziger Zeitung wie bisher
jeden Sonnabend Abend bringen.

Mittheilungen um Aufnahme in den
Verein sind schriftlich an den Vorsitzenden,
Herrn Moritz, Langenmarkt No. 18, zu
richten.

Wir empfehlen zugleich die Sommer-
Annoncements-Concerte im Freundschaf-
tlichen Garten der Theilnehmung unserer
Mitglieder. (1308)

Der Vorstand

LOCOMOBILEN & DAMPFDRESCHMASCHINEN
MAEHMASCHINEN & DRILLMASCHINEN.



Zu beziehen durch

PAUL DIETRICH,

HAMBURG—BROMBERG—DANZIG,

BEVOLLMAECHTIGTER VON RICHARD GARRETT & SONS.

COMTOIR IN DANZIG, LANGENMARKT 20.

LOCOMOBILEN & DAMPFDRESCHMASCHINEN
aus der Fabrik von Richard Garrett & Sons in England.

Gras-
Mäher.



Heu-
Rechen.

Getreide-Mähemaschinen von Burgess & Key
hält stets auf Lager und empfiehlt zu Fabrikpreisen

Danzig. **A. P. Muscate.** Dirschau.

Kaffeehaus zum Freundschaftlichen Garten

Neugarten No. 1.

Morgen Sonntag, den 7. Mai cr.

**Letztes grosses
Nachmittags-Concert**

von der

f. f. Oesterreichischen Kapelle

unter Leitung des Musik-Directors Herrn H. W. Stoural.

Anfang 4 Uhr. Entree 50 Hg.

Familien-Billets 3 Stück 1 M. sind zu haben in der Musikalienhandlung von
Herrn Lau, Langgasse No. 74.

Bei ungünstiger Witterung findet das Concert im Saale statt.

Wir empfehlen zu kleinen sicheren Sparanlagen

in Original-Stücken

Meininger	7-Gulden-Loose,	höchster Gewinn	fl. 39,000.
Malländer	10-Francs-Loose,	"	fl. 100,000.
Stadt Venedig	30-Francs-Loose,	"	fl. 100,000.
Malländer	45-Francs-Loose,	"	fl. 80,000.
Bukarest	20-Francs-Loose,	"	fl. 100,000.
Barletta	100-Francs-Loose,	"	fl. 100,000.
Cant. Freiburg	15-Francs-Loose,	"	fl. 45,000.
Finnländer	10-Thaler-Loose,	"	fl. 40,000.
Braunschweiger	20-Thlr.-Loose,	"	fl. 80,000.

Die Loose haben neben der Gewinn-Chance den nicht zu unterschätzenden
Vorteil einer fortgesetzten Concurrenz, da bekanntlich neue Prämien-An-
leihen in Deutschland nicht mehr emittirt werden dürfen und aus diesem Grunde
das bestehende Material der alten durch die 4- resp. 6mal jährlichen Verlosungen
immer geringer wird.

Wir übernehmen die kostenfreie Controle sämtlicher Verloo-
nungen für alle der Amortisation unterworfenen Effekten.

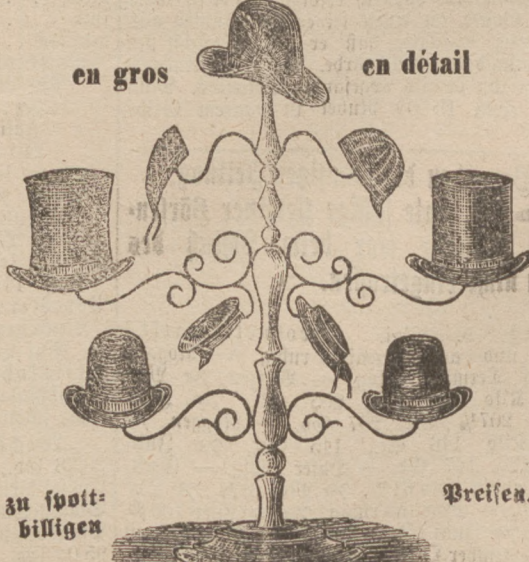
Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

Hut- u. Mützenfabrik

Erster Damm **COHN** Erster Damm
No. 10. No. 10.

Hüte in Seide, Filz u. Stroh
für Herren und Knaben.



Mützen für Herren u. Knaben
in den neuesten Facons.

Erster Damm **COHN** Erster Damm
No. 10. No. 10.

Eine Parterrewohnung, besteh.
aus Stube, Entree und Küche,
ist sogleich zu vermieten Feldweg
No. 6b. blaues Haus.

Bildungs-Verein Ohra.

Donnerstag den 11. Mai cr. Abds. 8 Uhr,
Vortrag des Mittelschullehrers Dr. Schulz
aus Danzig, über Meeresströmungen.
Frauen der Mitglieder u. Gäste haben Zu-
tritt. Nach dem Vortrage Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Sterbefälle.
Angelegenheiten. 2. Anschließ d. Ver-
eins an die Gesellschaft für Verbrei-
tung von Volksbildung. Der Wichtig-
keit der Sache halber für den Verein werden
die Mitglieder ersucht recht zahlreich zu
erscheinen. (1754)

Der Vorstand.

Appell.

Montag, den 8. Mai, in Weiß' Café-
Haus am Dübener Thor. (1778)

Seebad Westerplatte.

Sonntag, den 7. Mai cr.,

erstes großes

Nachmittags-Concert

ausgeführt von dem Musik-Corps des
1. Leib-Infanterie-Regiments No. 1.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Hg.
1780) F. Koll.

**Friedrich-Wilhelm-
Schützenhaus.**

Sonntag, den 7. Mai cr.:

Großes

CONCERT

ausgeführt von der Capelle des Königl.
Ohra. Füsilier-Regiments No. 33.

Entree: Saal und H. Loge à Person 30 Hg.

Große Loge à Person 50 Hg.

Bei günstiger Witterung findet
das Concert im Garten statt.

9288) D. Laudenbach.

Actien-Brauerei Hl. Hammer.

Sonntag, den 7. Mai:

Großes

Eröffnungs-Concert,

ausgeführt von der Königl. Kapelle d. S.

4. Ohra. Grenad.-Regts. No. 5.

Anfang 4 Uhr. Entree 25 Hg.

Die Concerte finden regelmäßig Son-
tags, Mittwochs und Freitags statt.

2. Kollan,

Musikmeister im Königl. 4. Ohra.

Grenad.-Regt. No. 5.

Selonke's Theater.

Sonntag, den 7. Mai: A. f.

treten des Gesangs-Komikers Herr

Hartner, erste Specialität aus Wirt.

— Concert der aus 40 Personen be-
stehenden böhmisch-österreichischen

Musik-Capelle, unter Leitung des Musik-
Directors Herrn H. W. Stoural. II. A.

Die Mühle an der Mose, Lustspiel.

Der Chambregarnist. Schwan mit

Gesang. Kahle, Kalle, Waale, ober:

Einwas Kleines. Pöffe mit Gesang.

Wetter.

Meine weiß und schwarz gestreifte Hüner-
hündin mit lebernem Halsbante, auf
den Namen „Minerva“ hörend ist mir
gestern Vormittag abhanden gekommen.

Wiederbringer oder demjenigen, der mir
zur Wiedererlangung der Hündin verhilft,
hiere ich eine angemessene Belohnung zu.

Danzig, den 6. Mai 1876.

H. Kranich,
Fleischer-Meister, Altst. Grab-n 77.

1 roth. Vist. Karl-Tafelchen,

enthaltend: Vistenkarten, 2 Pbotogr. etc.
ist Freitag Abend von Langgarten bis zur
Friedrichs-Brücke verloren. Finder wird geb. um
Abg. gegen Belohn. Langgarten 28. (1724)

Königsb. Pferde-Lotterie à 3 M.
Stettiner Pferde-Lotterie à 3 M.
Berliner Flora-Lotterie à 3 M.
Johannesstift-Bazar-Loose à 50 Hg. bei
Theodor Bertling, Gerberg. 2.

Verantwortlicher Redacteur: G. Ködner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

So eben ist erschienen und in der unterzeichneten Buchdruckerei zu haben:
Adressbuch der See- und Handelsstadt Memel.
 Preis geb. 2 M.
F. W. Siebert's Buchdruckerei in Memel.

Dr. Romershausen's Augen-Essenz.

Zur Erhaltung, Stärkung u. Herstellung der Sehkraft.

Bestellungen auf obige vom Herrn Apotheker Dr. F. G. Weiss zu Allen angefertigte Augen-Essenz nimmt entgegen und führt zum Original-Preise (die ganze Flasche à 1 R., die 2/3 Flasche à 20 Sgr.) aus, die Parfümerie- und Droguen-Handlung von

Albert Neemann,
 Langeumarkt 3.

Frühen

amerik. Pferdezahl-Mais offerirt

F. W. Lehmann,

Melzergasse 13 (Fischerthor).

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken in beliebigen Längen offerirt zum billigsten Preise

S. A. Hoch,

3718) Johannisgasse 29

Getreidesäcke

von starkem Drillisch mit Streifen zu 3 Schffl. Inhalt, empfiehlt räumungshalber à 15 und 16 Sgr.

J. Kickbusch.

Firma: **J. A. Potrykus,**
 Glockenthor, Holzmarkt-Ecke.

Englisch Zinn

in Blöcken,

Blei in Mulden,

sowie

Zink in Platten

offerirt billigt die Metallschmelze

S. A. Hoch, Johannisgasse 29.

Holzfohlen

sind wieder vorrätig bei

(1769)

A. B. Contwenz,

Speicherinsel, Hopfeng 91.

EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK

Die
Carl Kohlert, Otto Most,
 DANZIG, Weidengasse 35,
 empfiehlt

Pumpen aller Art neuester Construction mit Vorrichtung gegen Einfrieren, als: Freistehende Hof- und Gartenpumpen, Küchen-Sange- und Druckpumpen, doppelstiefelige und einfache Baupumpen, amerikanische doppelstiefelige Druckpumpen, Schiffs-, California-, Tiefbrunnen-, Kesselspeise- und Dampf-pumpen etc. etc.

Sämmtliche Pumpen mit zugehörigen Röhren und Brunnenventil stets auf Lager vorrätig.

C. Ziemssen's Buch- und Kunsthandlung, J. Pastor, Danzig, Langgasse 55,

empfiehlt ihr Lager von

Druckbildern

in eleganten waschächten Goldrahmen zu soliden Preisen.

Sämmtlichen Bildern lassen wir von Künstlerhand eine Selbstfarben-Metouche angedeihen, wie sie sonst nicht in den Handel kommen.

Bad Ilmenau am Thüringer Walde.

1600 Fuß hoch gelegen, Wasserheilanstalt, Kiefernadelbad.
 Badearzt: Sanitätsrath Dr. Preller.

Korb's Hotel,

Danzig, Holzmarkt No. 12.

Hotel ersten Ranges, neu und comfortable eingerichtet, hält sich dem reisenden Publikum bestens empfohlen.
 Danzig, im Februar 1876.

Adolph Korb.

Leihfäde

offeriren gegen äußerst billige Vergütung

Rodeok & Krosch,

Speicher: Weißer Engel an der Kuhbrücke
 Einem geehrten Publikum Marienburgs und Umgegend hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mein Friseur- und Parfümerie-Geschäft in das Haus des Uhrmacher Ern. Drechsler, am Markte No. 224, verlegt habe. Gleichzeitig bitte ich mir das bisher geschenkte Vertrauen auch ferner zu Theil werden zu lassen.
 Hochachtungsvoll

Max Koslowsky,

Coiffeur.

Schürzen

für Damen und Kinder, Weißwaaren, Krager und Stulpen, aufgezeichnete Decken, Schlipse, Damen- und Kinderstrümpfe, Beinlängen, sowie sämtliche Nähmaterialien empfehlen wir zu billigen Preisen

Lerique & Böttcher,

106. Heiligegeistgasse 106.

Ein recht gut erhaltener Klavier von Wischniewski ist wegen Verlegung billig zu verkaufen Kl. Krämergasse No. 1. (1634)

Ein elegant und bequem sitzendes

Oberhemde

von dauerhaftem Stoffe liefert zu billigem Preise und unter Garantie, desgl.

gemusterte Percal-

Oberhemden

in schöner Auswahl
 die Wäsche-Fabrik

von

Kraftmeier & Lehmkühl.

Kragen, Manschetten,

Cravatten

in modernsten neuen Façons.

Preß-Hefe-Fabrik

von Adam in Danzig,

Heiligegeistgasse 71,

empf. täglich frische gährkräftige Hefe zum Preise von 40 S. pro Pfund. Wiederverkäufern bei Entnahme von 10 Pfund à 30 S. Auswärt. Aufträge werden pünktlich besorgt.

Für Gutsläufer!

(No. 137) Ein Gut b. Insterburg, dicht an der Chaussee, Bahnhof und Stadt, 7 culn. Hufen groß, ganz neue massive Gebäude, schönes Inventar, Käserei, Ausfaat: 75 Scheffel Weizen, 30 Roggen, 25 Gerste, 20 Bohnen u. s. w., ist für den Spottpreis von 34,600 R., mit 10,000 R. Anzahlung, zu verkaufen. Das Gut ist nur mit 4 1/2 % igen Pfandbriefen belastet, der Rest bleibt zu 5 % stehen (1730)

(No. 5) Ein Abbau bei Br. Holland, 2 Hufen 3 Morg. culm., nur Weizen- und Gerstenboden, ist für 13,000 R. zu verkaufen.

Ein Gut, nahe bei Elbing, nur Weizen- und Gerstenboden, 6 culn. Hufen groß, ist für 36,000 R. zu verkaufen.

Alles Nähere bei
 (No. 43.) **J. C. Haberbecker.**

Mehrere größere Güter habe ich zu billigen Preisen und in allen Kreisen im Auftrag, zu verkaufen und ertheile Selbstkäufern genaue und gewissenhafte Auskunft.

J. C. Haberbecker in Elbing,
 Logenstraße 12.

Ein Viertel-Lotterie-Lose diesiger Collecte ist für 50 R. gegen Wechsel bis zum 1. Juli cr. zu verpfänden. Abz. werden unter No. 1734 in der Exp. dieser Stg. erbeten.

Grundstücks-Verkauf.

Das Stations-Etablissement der Pferde-Eisenbahn in Oliva soll freihändig verkauft werden. Näheres im Bureau der Pferde-Eisenbahn, Langfuhr No. 66.

Godel,

Verwalter der Deutschen Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft Concurssmasse.

Regelfugen u. Regel

empf. **F. Hopperath,** Brabant 12.

Ein Aittergut

in Pommeren 1704 Morg. Areal, soll wegen Todesfalls des Besitzers unter sehr günstigen Bedingungen verkauft werden. Gef. Abz. werden unter 1723 in der Exp. dieser Stg. erbeten.

Ein junges Mädchen, welches mit der einfachen sowie doppelten Buchführung vertraut ist, wünscht eine Stelle als Buchführerin oder Kassierin. Gef. Off. w. unter 1732 in der Exp. d. Stg. erbeten.

Für eine gute Tagelohnvermittlungsgesellschaft werden gegen 10 % Provision thätige Agenten gesucht.

Abz. werden unter No. 1642 in der Exp. d. Stg. erbeten.

Eine Dame, welche möglichst der franz. Conversation mächtig ist, wird als Gesellschaftlerin gesucht. Off. werden u. 1626 in der Exp. dieser Stg. erbeten.

Für ein Destillations-Geschäft wird ein Theilnehmer mit 500—2000 Thlr. gesuch.

Gefällige Offerte beliebe man unter No. 1712 in der Exp. d. Stg. niederzulegen.

Eine Contoirstelle

wünscht ein mit scharfer Handschrift u. der Buchführung bekannter junger Mann, der bereits mehrere Jahre als Commis conditionirt, vom 15. Juni d. oder früher einzunehmen. Gute Zeugnisse stehen zur Seite. Off. w. u. 1585 in der Exp. d. Stg. erb.

Ein junger Mann, der sein Jahr seine Lehrzeit im Stabeisen- und Eisenwaarengeschäft beendet hat, u. gegenwärtig noch in Stellung ist, sucht v. 1. Juni oder Juli ein weiteres Engagement. Abz. werden unter 1758 in der Exp. dieser Stg. erb.

Gräberreinen, Bonni. i. Mädchen die Landwirthschaft zu lernen, sowie gute Landwirthinnen weist nst

J. Seidt, reitgasse 114.

Rechnungsführer, Inspektoren, Landwirthe, Kutscher und häusliche Diener weist nach

Seidt,
 Brasse No. 114.

Verantwortlicher Redacteur D. Kötner.
 Druck und Verlag v. A. W. Kosemann.
 Daß.